

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeitzeile 40 Pf.

Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluss der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

## Nur Mut.

Es wechselt hienieden die Lust mit Pein,  
Die finstere Wolke mit Sonnenschein  
In gleicher, uteviger Weise;  
Und immer aufs neue schmückt sich die Nacht  
Den Schleier mit strahlender Sternenpracht,  
Still wandelt der Mond seine Kreise.

Und jeglicher Frühling bringt dir den Mai,  
Es zaubert der Herbst die Früchte herbei,  
Und Stille folgt tobenden Stürmen;  
Schau hin auf die Woge, die sorglos ruht,  
Als könnte nimmer die brandende Flut  
Sie mächtig gen Himmel aufstürmen.

Du zagenes Menschenherz, sei getrost!  
Ob wild auch des Schichals Sturm dich umtoß,  
Schon windt dir der Haasen von ferne.  
Auch dir lacht wieder nach Trübsal und Not  
Am Himmel des Lebens ein Morgenrot,  
Bald grüßen dich tröstend die Sterne!

S. Moos.

## Kritisches zur Reichsversicherungsordnung.

### II.

Wenn der Sozialpolitiker sich nicht eine gute Dosis Selbstbeherrschung zulegt, dann kommt er aus der nervösen Erregung nicht heraus. Werden doch auf keinem Gebiete des öffentlichen Lebens so viele Hindernisse in den Weg gelegt, wie auf dem der sozialen Arbeit. Daß die zuletzt in Anspruch Genommenen, die Unternehmer, sich gegen „zuviel Sozialpolitik“ zur Wehr sehen, ist menschlich begreiflich. Gegen ihre unmittelbaren, sinnfälligen Interessen muß ja vielfach Sozialpolitik gemacht werden; wir brauchen da nur an die Erweiterung und den Schutz der Arbeiterrichtrechte zu denken. Einige in den Unternehmertümern stellen sich allerdings ihre nicht sofort in die Augen fallenden Interessen, die sich in einer hochstehenden zufriedenen Arbeiterschaft widerspiegeln, über die zuerst gezeichneten. Ist somit der Widerstand der Unternehmer gegen lebenswerte soziale Arbeit zu verstehen, so doch nicht der kleinliche, burokratische Zug, von dem man sich in Regierungskreisen in sozialer Hinsicht fast immer leiten läßt. Viele unfaire Sozialnahmen erwarten deshalb auch soviel Befriedigung, worüber sich dann die Regierungsspitzen nicht genug wundern können. Bald allein Gegensätze beweisen das. So auch wieder die Untarbeitung der

### Krankenversicherung.

Bergegenwärtigen wir uns noch einmal die als notwendige Folge der Halbierung des Stimmrechts vorgesehenen Bestimmungen der Versicherungsordnung über die Bestellung des Vorsitzenden in den Ortskrankenkassen. Sie heißen:

§ 393. Die Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden des Vorstandes. Gewählt ist derjenige, auf welchen die Mehrheit der Stimmen sowohl der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstande fällt.

§ 394. Kommt eine Wahl mit dieser Mehrheit nicht zustande, so ist zur Annahme der Wahl eine zweite Sitzung auf einen andern Tag anzuberufen.

§ 395. Kommt die Wahl in der zweiten Sitzung nicht zustande, so bestellt das Versicherungsamt einen Vertreter. Er übt die Befugnisse und Obliegenheiten des Vorstandsvorsitzenden auf Kosten der Krankenkasse solange aus, bis eine gültige Wahl erfolgt ist.

Das Versicherungsamt kann statt dessen für die gleiche Zeitdauer ein Mitglied des Kassenvorstandes mit der Wahlbehörde der Geschäfte des Vorsitzenden beauftragen. Die Übernahme dieses Auftrages kann nur aus den gleichen Gründen abgelehnt werden, wie die Wahl zu den Kassenvororganen.

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Um eine Majorisierung mit mindiger Mehrheit weder des einen noch des andern Teiles zu verhindern, soll jeder Teil, also Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Kassenvorstand, eine Majorität für einen gemeinsamen Vorsitzenden stellen. Eine Majorisierung (in des Wortes vollestet

Bedeutung) des einen Teiles ist nur möglich bei U n e i n i g k e i t beider Teile über die als Vorsitzenden zu bestellende Person aus der Mitte des Gesamtvorstandes. Nun sollten sich die u n e i n i g e n gleich starken Teile des Vorstandes in g e t r e n n t e r Abstimmung auf eine Person aus den Reihen beider einen oder anderen Teiles des Vorstandes c i n i g e n. D a rüber muß man dreimal nachdenken, ehe man die Regierung versteht, um dann aber sofort zu finden, daß sie selbst wenig an die derart zu erzielende Einigkeit glaubt. Denn sie hält sich durch das Versicherungsamt ein E r n e n n u n g s r e c h t des Vorsitzenden vor, wenn keine Wahl zustande kommt. Wie dies zum Vorsitzenden ernannte Vorstandsmitglied das Vertrauen des Gesamtvorstandes bekommen soll, ist ein Rätsel. Vertrauen aber muß der Vorsitzende doch haben, wenn er gewißlich wirken soll. Alles dieses aber findet seine Ursache in der Halbierung der Beiträge und des Stimmrechts! !

Über die vorgesehenen Landkrankenkassen wollen wir nicht viel weiter verlieren. Kann man dieser besonderen Kassenart auch eine gewisse Berechtigung nicht übertragen — ihre Zwecke ließen sich aber auch durch besondere Bestimmungen im Statut der Ortskrankenkassen erfüllen — so ist sie in der vorgeschlagenen Form direkt unannehmbar. Denn ihr Merkmal ist es ja, daß die bestehenden Gemeindekrankenkassen so unhaltbar machen: bureaukratische Verwaltung unter Ausschluß des Selbstbestimmungsrechtes der Beteiligten und minderwertige Leistungen. Vollends unannehmbar wäre aber, daß unter gewissen Voraussetzungen (wenn Ortskrankenkassen nicht errichtet werden, siehe Artikel 20 dieser Zeitung) die eigentlich den Ortskrankenkassen zu unterstellenden Versicherungspflichtigen den Landkrankenkassen überwiesen werden könnten. Das muß u. E. der Regierung gesagt werden, ohne sich lange in einen Disput mit ihr einzulassen. Man würde diesen Gesetzesvorschlägen sonst zu viel Ehre antun.

Bliebe nur noch übrig, einige wichtige Einzelheiten des m a t e r i e l l e n Teiles der Krankenversicherung nach der Versicherungsordnung zu würdigen. Da erscheint uns denn notwendig, das Recht auf freiwillige Versicherung allen Selbstständigen mit einem Einkommen bis 2000 Mk. pro Jahr zu verleihen. Daß ein Bedürfnis dazu vorliegt, beweisen die vielen Kranidellekassen, die ihre Nahrung vielfach in den Kreisen der kleinen Selbstständigen finden. Seitens der Handwerksgremien beispielsweise wird den kleinen Handwerkern ja auch schon Gelegenheit zur Befriedigung des Versicherungsbedarfes in besonderen Kassen gegeben. Alles dies spricht für unsere Forderung. Die P s i c h t l e i s t u n g s sowohl wie die statutarisch zugelassenen M e h r l e i s t u n g s bewegen sich im allgemeinen im Rahmen des geltenden Rechtes. So soll denn auch als Grundlage für die Bezeichnung der Barunterstützung wie bisher ein statutarisch festzuhaltender Durchschnittslohn maßgebend sein, so weit er 4 Mark für den Arbeitstag nicht übersteigt. Wie mangelshaft die Bestimmungen des bisherigen Rechtes (§ 20 ff. des Krankenversicherungsgesetzes) durchgeführt worden sind, ist zu bekannt. Direkt ungesehliche Statuten sind von den oberen Verwaltungsbehörden genehmigt worden. Man gestattete Klasseneinteilungen zwischen jugendlichen Personen (unter 16 Jahren), erwachsene weibliche und männliche Personen, niedrig und hoch gelohnte Arbeiter somit im Krankengeldbezug gleichstellend, bei gleichen Leistungen der Versicherten natürlich. So gibt es dann staffen, die selbst jüngsten Arbeitern, die 5 Mark und mehr pro Tag verdienen, nur 1 Mark Krankengeld pro Tag (höchste Klasse 2 Mark Tagelohn) gewähren. Eine genaue, dem wirklichen Lohn mindestens annähernd entsprechende Klasseneinteilung muß deshalb u. E. durch das Gesetz selbst gegeben und dabei darf auch an der Grenze von 4 Mark nicht halt gemacht werden.

Für viele Berufe ist die Versicherungspflicht nur gegeben, soweit sie nicht mehr wie 2000 Mark pro Jahr oder 6 zwei Drittel Mark pro Arbeitstag verdienen. Bis zu dieser Summe solle man auch mit der

Klasseneinteilung zum Bezug des Krankengeldes, das ja mindestens 50 % des dem Krankengeld zu Grunde gelegten Lohnes betragen soll, gehen. Mindestens aber muß die gesetzliche Grenze des der Krankengeldberechnung zugrunde gelegten Lohnes 5 Mark pro Tag betragen. Damit kommt man den berechtigten Ansprüchen der hochgelohnten Arbeiterschaft entgegen; auch die vernünftige Haftstrafe des Geldes verlangt dies.

„Willen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel“ haben nach dem geltenden Rechte die Kassen auch in Zukunft zu liefern. Was aber „ähnliche Heilmittel“ sind, sagt auch die Versicherungsordnung nicht. Die Rechtsprechung hat als „ähnliche Heilmittel“ solche angesehen, die nicht über einen bestimmten Betrag kosteten. Als Grenze dieses Beitrages bezeichnete das eine Gericht die Summe von 20, das andere von 40 Mark. Wie viele Streitfälle diese lautschärfige Bestimmung verursacht hat, ist bekannt und eine Wiederholung ist höchst notwendig. Entweder ziehe man gesetzlich eine feste Grenze durch eine fixierte Summe (etwa 50 Mark), oder aber man bestimme, was wohl richtiger sein dürfte, daß die Krankenkasse genau wie die Unfallversicherungskasse zur Lieferung aller erforderlichen und zweckdienlichen Heil- und Hilfsmittel verpflichtet ist.

Die Ausdehnung des ärztlichen und zahnärztlichen Heilmopols, wie es die Versicherungsordnung in den §§ 219 und 220 vorsieht, ist aber auch durch nichts begründet. Warum sollen in jedem einzelnen Falle Bäder, Massagen, Einreibungen und vergleichbare von der vorherigen Verordnung des Arztes abhängig sein? Das würde die Zeit des Versicherten und die Mittel der Kasse in einem Umfang in Anspruch nehmen, die zu der verlangten Hilfe des Versicherten in keinem Verhältnisse steht.

Speziell bei Zahntechniken erscheint es durchaus unangebracht, den Versicherten Hilfe durch Zahnärzte aufzuzwingen und den Zahntechniker nur dann zur Kassenpraxis zuzulassen, wenn Diplomierte nicht vorhanden sind. Diese Vorschrift würde nach zwei Seiten hin unangenehme Erleichterungen auslösen. zunächst ist es eine Erfahrungstatsache, daß Zahntechniker vielfach weitgehenderes Vertrauen genießen und auch größere Geschicklichkeit (die Kautschuk bei der Zahnhilfe) aufweisen wie diplomierte Zahnärzte, und würde insgesamt mancher Versicherte gezwungen sein, die angeblich bessere Hilfe durch den Zahnarzt der Kasse unbemerkt zu lassen und auf eigene Kosten zum Zahntechniker zu gehen. Dann ist noch der weitere nicht zu unterschätzende Gesichtspunkt der finanziellen Belastung zu berücksichtigen. Schon jetzt werden die Mittel der Krankenversicherung für die Beseitigung der Zahntechniken in so hohem Maße in Anspruch genommen, daß viele Kassen sich ihren Pflichten (z. B. bei notwendigen Plombierungen) möglichst entziehen. Die diesbezüglichen Kosten würden sich aber ins unerträgliche steigern, wenn das Gesetz nun auch die Versicherten zwingen wollte, anstatt die Hilfe des Zahntechnikers die regelmäßig 100 Prozent höhere des diplomierten Zahnarztes in Anspruch zu nehmen.

Unter allen Umständen darf der Gesetzgeber, darin stimmen wir mit der „Westl. Arbeiterges.“ vollständig überein, nicht weitergehen, als dem Versicherten ein Recht auf Behandlung durch den Arzt und auch den Zahnarzt einzuräumen; damit wird er allen billigen Interessen gerecht.

Unberücksichtigt läßt die Versicherungsordnung die heutigen Bestimmungen des Krankenbehandlungsgesetzes über die Krankenhausbehandlung und die Familienunterstützung. Daß die Krankenhausbehandlung für manchen Versicherten wie auch für seine Familie das Beste ist, ist zweifellos. Sehr oft aber steht der Versicherte vor einer Krankenhausbehandlung zurück, weil dann seine Familie mit dem halben Krankengeld vorlieb nehmen muß. Bei ruhiger Liegelegung müßte er sich ja sagen, daß er bald seine Familie auch dann noch besser stünde, als wenn er bei vollem Krankengeld in der Familie bestreift wird. Man muß aber die Angelegenheit vorsichtig

würdigen können. Weiß der Versicherte seine Familie in Not, dann ist ihm die Krankenhauspflege unerträglich; dann fühlt er sich glücklicher, wenn er bei seiner dorgenden Familie ist und muß er auch selbst als Kranker mit dorthin. Und das ist immer ein schönes Geleben. Man sollte deshalb den Familien im Krankenhaus untergebrachter Personen das volle Krankengeld lassen. Ist man doch auch bei den Invalidenversicherungsanstalten durch die Erfahrung dazu gekommen, bei Gewährung eines Heilsverfahrens die Angehörigenunterstützung nach den Faßtverhältnissen abzustufen und sie bis zum 1/2-fachen Betrage des Krankengeldes zu erhöhen.

Hält im weiteren der Arzt eine Krankenhausbehandlung für notwendig, dann muß dem Versicherten ein Recht darauf verliehen sein. § 221 der Versicherungsordnung redet aber, entsprechend den bisherigen Bestimmungen, nur von dem Recht der Kassen, an Stelle des Krankengeldes und der Krankenpflege freie Kasse und Verpflegung im Krankenhaus zu gewähren. Es gibt aber rückständige Kassen, die deshalb notwendige Krankenhauspflege versagen, weil sie erhöhte Kosten verursacht.

Durchaus begrüßenswert ist der Absatz 1 des § 222 der Versicherungsordnung. Er lautet:

"Die Satzung kann bestimmen, daß in Fällen, in denen die Überführung des Erkrankten in ein Krankenhaus angezeigt, aber nicht ausführbar ist, mit seiner Zustimmung von der Kasse Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenschwestern oder vergleichbare gewährt werden darf."

Eine wirklich vernünftige Neuerung. Die Freunde daran wird aber wesentlich getrübt durch den Absatz 2 dieses Paragraphen. Er bestimmt, daß die Satzung die Kasse ermächtigen kann, die Kosten für die Pflege nach Absatz 1 am Krankengeld, jedoch höchstens bis zu einer Hälfte, zu kürzen. Hoffentlich gelingt es dem Reichstag, eine Streichung des Absatzes 2 durchzudringen.

Eine der schwierigsten Fragen ist unstrittig die Regelung des Verhältnisses zwischen Ärzten und Krankenkassen. Keinesfalls darf sie lediglich von theoretischen Gesichtspunkten aus beurteilt werden, aber auch nicht nur von praktischen. In der Mitte liegt u. E. auch hierbei das Richtige. Wir wollen aber in diesem Augenblick diese Frage keiner Besprechung unterziehen, nicht weil wir uns hüten, unsere Meinung zu sagen. Wir halten es für zweckmäßiger, nach Abschluß unserer, die Versicherungsordnung kritisch würdigenden Artikelserie in einem besonderen Artikel die Arztfraufrage zu behandeln. 11

## Wohnungsreform.

Die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der arbeitenden Klassen in Stadt und Land ist in vorausgegangenen Artikeln schon dargelegt worden. Es soll nunmehr des näheren besprochen werden, welche Mittel anzuwenden sind, um zu einer gründlichen Wohnungsreform zu kommen. Es kommt zunächst in Betracht, die Wohnungsbeschaffung. Die Arbeiterschaft leidet unter dem Mangel an Wohnungen von entsprechender Größe und Beschaffenheit bei zu hohen Mietpreisen. Das trifft so auf Arbeiter in Staats- und Gemeinbetrieben sowohl als wie auf jene in den Privatbetrieben. Demgemäß ist in erster Linie die Förderung zu erheben, daß Staat und Gemeinde sich mit an der Wohnungsbeschaffung für die Arbeiter beteiligen. Das kann geschehen durch Bau von geeigneten Mietwohnungen sowie durch nachdrückliche Unterstützung der gemeinnützigen und gemeinnützigen wie auch der privaten Bautätigkeit.

Es muß anerkannt werden, daß staatlicherseits in diesen Jahren in den letzten Jahren nicht unerhebliche Mittel aufgewendet wurden. Zur Förderung der Herstellung gezielter Kleinstwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs sind seit 1901 33 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt worden. Auch die Einzelstaaten haben auf Grund besonderer Gesetze oder im Etat Gelder für Kleinwohnungsbauten zur Verfügung gestellt; so Preußen seit 1895 etwa 100 Millionen Mark, Bayern seit 1900 etwa 15 Millionen Mark. Eine Anzahl von Gemeinden mit sozialpolitisch fortgeschritten Verwaltung hat ebenfalls Wohnungsfürsorge betrieben, wenn auch nur zögernd und in bescheidenem Maße.

Dass hier nicht mehr geschehen ist, hat seine Ursache in dem Umstande, daß in der Regel bei dem geltenden Gemeindewahlrecht die Hausbesitzer einen allzu großen Einfluss auf die Stadt- und Gemeindeverwaltungen haben. Wohl die Mehrzahl der Hausbesitzer sind Gegner der staatlichen wie gemeinnützigen Wohnungsfürsorge, aus Angst vor Entwertung der eigenen Güter, über Verlust des bei fortbestehender Wohnungsnot führt zu erwartenden Gewinnes, infolge Steigerung der Mietpreise. Die Wohnungsfürsorge, obwohl sie in erster Linie Gemeindesache ist, wird also in der Hauptsache, sei es direkt oder indirekt, vom Staat weiter betrieben und gefördert werden müssen.

Es kommt vor allem darauf an, daß eine richtige Boden- und Bebauungspolitik durchge-

führt wird. Wo teures Baugelände, da kann eine billige Wohnung nicht hergestellt werden. Aber gerade da, wo ein Wohnungsbedürfnis sich geltend macht, setzt die Spekulation ein, sie kaufst Grund und Boden auf und steigert nach Möglichkeit dessen Preis. Eine Reihe von Gesellschaften betreiben gewerbsmäßig und zielbewußt Bodenspekulation, machen dabei oft recht große Gewinne auf Kosten der wohnungsbedürftigen ärmeren Bevölkerung. Gegen dieses wuchernde Treiben soll und kann der Staat Front machen. Der Staat wie auch die Gemeinden müßten vor allem sich halten, an der Grundspekulation sich mit zu beteiligen. Ihre Aufgabe ist es, sich immer mehr Grund und Boden zu sichern, der dann den Wohnungsbedürftigen zur Verfügung gestellt werden kann. Es sind diesbezüglich eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden, z. B.: Das zur Errichtung von Wohnstätten notwendige Gelände soll durch Enteignung oder durch ein anderes auf dem Wege der Gesetzgebung einzuführendes Verfahren unter die Hand des Staates gebracht werden, so daß es jederzeit zu einem dem landwirtschaftlichen Wert entspregenden Preise an die Bauenden abgegeben werden kann. Das Geld zur Bodenablösung sollte der Staat durch Ausgabe von Baupauschalen sich beschaffen, bezw. aus den verfügbaren Mitteln der Sozialversicherung. Zum Bau von Wohnungen müßten die Mittel auf ähnliche Weise aufgebracht werden.

Diese Vorschläge sehen eine ganz intensive Tätigkeit des Staates voraus, die ohne Schaffung neuer Behörden von „Landesbaukommissionen“ nicht möglich ist. Vorerst ist kein Daran denken, auf diesem vorgeschlagenen Wege vorwärts zu kommen. Die christlich-organisierte Arbeiterschaft Münchens hat vor Jahren schon andere Wege gewiesen, die, wenn man die Spekulation als Ursache der mizlichen und teuren Wohnungsverhältnisse ansieht, mit großer Aussicht auf Erfolg hinsichtlich gelingen. Es ist das die Einführung einer Steuer auf Spekulation sgründ und einer solchen auf den unverdienten Wertzuwachs.

Der Trick der Bodenspekulanten, Terraingesellschaften etc. besteht darin, das vorausichtlich nötig werdende Baugelände zum Akterwert aufzufauen. Das Gelände wird solange nicht abgegeben, bis es dringend nötig wird und einen hohen Preis erreicht. Der Spekulation wäre es unmöglich, Grund und Boden unbunzt liegen zu lassen, bis er infolge Ausdehnung eines Ortes, infolge Aufwachens der Bevölkerung, zur Bebauung benötigt wird, wenn eine entsprechende Steuer auf diesem Bau-Gelände lasten würde. Wird eine solche Steuer, wie die Besteuerung des Wertzuwachs eingesetzt, dann wird zweifellos die ungesunde, wohnungsverzweigte Bodenspekulation eingefränt. Als 1902 bzw. 1904 in Bayern der Versuch gemacht wurde, eine solche Steuer durch Landesgesetz einzuführen, so wehrten sich dagegen die Terraingesellschaften ganz energisch. In dem Geschäftsberichte einer solchen Gesellschaft wurde zugegeben, daß es klein schon die Absicht auf Einführung einer Steuer, Grundwertabgabe, Wertzuwachs, der Gesellschaft geschadet habe.

Es geht daraus hervor, daß durch Steuerreform Bodenreform bewirkt werden kann. Eine Anzahl von Terraingesellschaften leiden an großer Hypothekenbelastung. Diese Belastung wird unerträglich, sobald eine Steuer auf den Wertzuwachs eingesetzt wird. Die gewünschten Bodenspekulanten können dann ihre Baugründe nicht mehr halten. Der Boden wird frei und Staat und Gemeinde haben dann Gelegenheit, ihren Bodenbesitz zu erweitern. Die Durchführung einer gesunden Bebauungs- und Bodenpolitik mit ihnen kann erledigt.

S. B.

## Auflösung des Agitationsbüros Essen.

Am Sonntag, den 23. Mai, nachmittags 2 Uhr, tagte im christlichen Gewerkschaftshaus in Dortmund die diesjährige Konferenz des Agitationsbüros Essen. Vertreten waren 51 Ortsgruppen bzw. Sektionen durch ebenso viele Delegierte. Außerdem nahmen an der Konferenz teil der Verbandsvorsteher Weber, der Landtagsabgeordnete Arbeiterschreiber Gronowski, Dortmund, Arbeiterschreiber Hermann, Hennig und der Vorsitzende des Bezirksausschusses, Kloster, Essen mit Mitgliedern des Bezirksausschusses. Der Bezirksleiter Kollege Hirzleiter erstaute zunächst den Jahresbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Das Berichtsjahr hatte noch mehr wie das vorhergehende Jahr 1907 unter den Einwirkungen des wirtschaftlichen Niederganges zu leiden. Der Umstand, daß die sich wohl langsam ihrem Ende zuneigende Krise die erste war, die wir als christliche Gewerkschaftler durchzumachen hatten, war wohl die Hauptursache, daß die Organisationsbestrebungen in dieser Zeit nicht ganz besonders gefördert werden konnten. Die Arbeiter der Großindustrie des Ruhrbezirks, unter denen wir zum größten Teil unsere Mitglieder haben, waren fast in der Angst und der Furcht vor Magdeburgierung vermaut. Umso mehr traten diese Erwägungen in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges in die Erachtung und veranlaßten manche Arbeiter, der Organisation den Rücken zu kehren und erschwerten die Ausbreitung des Organisationsgedankens unter den Industriearbeitern. Unter diesen Umständen ist es leicht, wenn in unserem Bezirk, dessen Agitationsbereich vorwiegend die Arbeiter der Großindustrie bilde, im Jahre 1908 nicht nur kein Fortschritt zu verzeichnen war, sondern ein Rückgang eingetreten ist. Während die meiste kleinen Orts-

gruppen des Münsterlandes fast durchweg ihre Mitgliederzahl gehalten, war dies in den großen Ortsgruppen des Industriebezirks nicht der Fall. Neu eingetragen wurde im Berichtsjahr in folgenden Orten: Bork, Buer, Königswinter, Lüdinghausen und Unna, während die Ortsgruppe Warendorf wohl hauptsächlich infolge einer fehlgeschlagenen Bewegung der Textilarbeiter leider eingegangen ist.

In den neu erschlossenen Orten wurden keine neuen Ortsgruppen, sondern lediglich Sektionen der nächstgelegenen größeren Ortsverwaltungen errichtet. Im Berichtsjahr wurde besonderes Gewicht gelegt auf die Gewinnung der auf den Bechen beschäftigten Metallarbeiter, die heute neben den im Kleingewerbe beschäftigten Kollegen wohl noch unter den schlechtesten Wohn- und Arbeitsverhältnissen zu leiden haben. Weil noch nicht allzuviel Klärheit über die Zugehörigkeit der Bedienstetenarbeiter zu unserem Verbande herrschte, wandte sich die Bezirksleitung an das Generalsekretariat des Gesamtverbandes in Köln und wurde von dort unter dem 22. Januar 1909 die Zustimmung erzielt:

Die im Bergbau beschäftigten Metallarbeiter sind zweifellos als betriebsmäßig zu betrachten und gehören daher, nach dem in der christlichen Gewerkschaftsbewegung allmählich sich bildenden Gewohnheitsrecht, zu den Metallarbeitern. Ein gegenseitiger Beschluss liegt innerhalb des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nicht vor.

Nach dieser Mitteilung dürfte in Zukunft die Zugehörigkeit der Bedienstetenarbeiter nicht mehr zweifelhaft sein und diesbezügliche Differenzen mit unseren Brüderverbränden vermieden werden.

Im Berichtsjahr wurde seitens der Bezirksleitung eine Broschüre unter dem Titel: „Die Scruppsche Pensionsklasse vor Gericht“ herausgegeben, in der das gesamte in dem Kampf um die Rückzahlung der einbehaltenen Pensionsflossenbeiträge bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses gesammelte Material zusammengestellt und der öffentlichkeit übergeben wurde. Als Antwort darauf gab auch die Firma Scrupp in Essen eine natürlich in ihrem Sinne gehaltene Broschüre über denselben Gegenstand heraus, betitelt: „Zum Streit um die Werkspensionsklassen“. Auf der im Berichtsjahr abgehaltenen Generalversammlung unseres Verbandes in München erstattete der Bezirksleiter ein ausführliches Referat über „Werkspensionsklassen“. Sowohl die Broschüre „Die Scruppsche Pensionsklasse vor Gericht“ als auch das als Sonderabdruck aus dem Verbandstagebuch hergestellte Referat des Bezirksleiters wurde als Material zur Begründung der seitens des Verbandes im Reichstage eingebrachten Petition bezügl. der Werkspensionsklassenfrage sämtlicher Reichstagabgeordneten zugestellt. Die Broschüre wurde außerdem fast durchweg von den meisten angefehlten Organen „als für die Beurteilung der Werkspensionsklassenfrage sehr wertvolles Material“ rezensiert. Nach den neuesten Erklärungen des Staatssekretärs im Reichstage scheint ja nun auch eine kleine Veränderung in der Beurteilung der speziell für die Arbeiter der Großindustrie so eminent wichtigen Werkspensionsfrage seitens der Regierungsspitze doch eingetreten zu sein. Hoffen wir, daß eine gerechte, gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit bald die unerträliche bahnbrechende Tätigkeit unseres Verbandes auf diesem Gebiete Kronen wird.

Es ist natürlich, daß das Tätigkeitsgebiet der gewerkschaftlichen Organisationen während der Zeit eines wirtschaftlichen Niederganges einigermaßen beschränkt ist. Verbesserungen der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sind naturgemäß viel eher in einer Zeit zu erzielen, wo Mangel an geeigneten Arbeitskräften besteht, als wie dann, wenn ein Überangebot von Arbeitskräften vorliegt. Dies letztere war nun im Jahre 1908, wo die Krise besonders scharf einzog, auch in unserem Bezirk zu verzeichnen. Trotzdem haben wir auch auf dem Gebiete Erfolge zu verzeichnen.

Im Jahr 1908 im ganzen im Bezirk zu verzeichnen 15, gegen 27 im Jahre 1907. Von diesen 15 waren 7 hervorgerufen durch Lohnreduzierungen seitens der betreffenden Werke. Außer einem Abwehrkampf und einer Missperrung wegen Zugehörigkeit zu unserem christlichen Metallarbeiterverband waren 13 Lohnbewegungen zu verzeichnen, an denen 586 Kollegen beteiligt waren, gegen 652 im Jahre 1907. Bei dem Streik und der Missperrung gingen 119 Kollegen an 2077 Lohn Arbeitsverdienst verloren.

Die Ursachen der Bewegungen waren: Verkürzung der Arbeitszeit bei 1, Lohnabschöpfung 1, Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnabschöpfung und andere Forderungen 1, Misstritt aus der Organisation 1, Maßregelung 4, Lohnreduzierung 7, Versägerung der Arbeitszeit 1, sonstige Ursachen 3. Von diesen Lohnbewegungen waren erfolgreich 8, mit teilweise Erfolg endeten 6 und 1 war ohne Erfolg. 8 Bewegungen wurden erlebt durch die Kommission der Arbeiter und 6 durch Verbandsbeamte, während die erfolglose nach zwölfmonatlicher Dauer abgebrochen und die Sperrung über den Betrieb verhängt wurde.

8 Bewegungen wurden von unserem Verbande allein geführt und 7 mit anderen Organisationen zusammen. Bei diesen 7 Bewegungen waren in 4 Fällen die Mehrzahl der Beteiligten in unserem Verbande organisiert, während wir in 3 Fällen die Minderheit bildeten.

Die Ausgaben für Streiks betragen im Jahre 1908 in unserem Bezirk 3339,16 M. gegen 2818,17 M. im Jahre 1907.

Die Erfolge dieser Bewegungen sind trotz der im Berichtsjahr bestehenden ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse recht bedeutsame. Bei der Lohnbewegung der Gus- und Wagenschmiede in Essen wurde durch einen zivilen der Schmiedebauern und dem Gesellenabschluß abgeschlossen, sogenannten Arbeitsvertrag eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 6 Stunden pro Woche und Arbeiter erzielt und eine Lohnherhöhung von durchschnittlich 3 Mark. Während die Arbeitszeit hier früher 11, 12, ja bis 14 Stunden pro Tag betrug, wurde durch die Bewegung die 10½-stündige Arbeitszeit festgelegt, der Lohn- und Pausenzwang beim Meister wurde aufgehoben und für zukünftigen ein Anstieg von 20 Prozent, für Sonnabendsarbeit ein solcher von 50 Prozent.

Auf der Gewerkschaftsmaschinenabteilung, die hauptsächlich Wäschefabriken und Wädererfabriken besitzt, sollten die Lohnabschöpfungen von 1907 aufgehoben, mit einer

Abschlagszahlung verlängert werden. Es wurde erreicht, daß am 5. eines jeden Monats regelmäßige Lohnstage sind und am 15. und 25. Abschlagszahlungen gegeben werden. Bei der Lohnbewegung wurde auch die Kündigung eines älteren Kollegen (aus einem belanglosen Schenggrund) wieder rückgängig gemacht und denselben gleichzeitig eine Lohnherhöhung von 50 Pf. pro Tag bewilligt.

Für ungefähr 70 Kollegen, die auf den Prospekt schauten in Bottrop i. W. beschäftigt sind, wurde am 1. April eine Lohnherhöhung von 10 Pf. pro Tag erreicht.

Auf den Höchsten des Schalker Gruben- und Hüttendienstes wurde durch das Eingreifen unseres dortigen Verbandsbeamten die Kündigung von 2 Kollegen wieder rückgängig gemacht und eine erhebliche Lohnreduzierung verhindert.

Weiterhin wurden durch das Eingreifen unseres Verbands Lohnreduzierungen und Arbeitsverschlechterungen verhindert, zum Teil sogar vollständig rückgängig gemacht bei den Firmen Mündscheid u. Co. in Gelsenkirchen, Westfälisches Stahlwerk in Bochum-Weltmar, Fehrenbachkonstruktion in Dortmund, Klume u. Lenz, Pottkoff u. Klume in Lünen und der Batoper Maschinenfabrik in Hombruch-Batop.

Auf Betreiben unserer Kollegen wurde bei der Firma Bergbauhause in Herne die Arbeitszeit von täglich 10½ auf 10 Stunden herabgesetzt, und bei der Firma Hoffmann u. Berres in Dortmund ein Arbeiterausgleich eingeführt.

Bei der Firma Philippshofen u. Sohne, Herdwiesen und Gelsenkirchen-Schalle brach im Frühjahr 1908 ein Streit aus wegen Maßregelung von 15 Arbeitern. Letzter konnte die Bewegung, wohl hauptsächlich wegen der schlechten Wirtschaftslage, nicht mit einem vollen Erfolg der Arbeiter beendigt werden.

Die Baubeschlagsfabrik Schulte in Lüdinghausen kündigte, nachdem wir in Lüdinghausen eine Ortsgruppe errichtet hatten, allen Arbeitern, die unserm Verband beitreten waren. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes wurden nicht gekündigt. Dieselben blieben auch, weil ihnen von ihrem Verband nachträglich, nachdem sie zunächst ausgeschlossen waren, sich fördentlich zu erklären, mitgeteilt wurde, daß sie keine Unterstützung erhalten, stehen und spielen Streitbrecher. Zum Teil mit aus diesem Grunde konnte die Bewegung nicht erfolgreich beendet und dem Herrn Schulte nicht das Handwerk gelegt werden.

Wenn es auch nicht übermäßige Erfolge waren, die wir im Jahre 1908 in unserm Bezirk für die Mitglieder errungen haben, so hat sich doch auch bei uns bewährt, daß überall da, wo die Arbeiter organisiert waren, sie die schädlichen Folgen der Krise wenigstens zum großen Teil von sich abwenden konnten. Dagegen mussten die unorganisierten überall die Maßnahmen des Unternehmers über sich ergehen lassen, ohne in der Lage zu sein, etwas dagegen unternehmen zu können. Vieles Schaden von der Arbeiterschaft nur durch das Bestehen der Organisation abgehalten worden ist, läßt sich leider nicht feststellen. Sicher dürfte er nicht geringer, sondern noch bedeutend höher, wie derjenige sein, den wir oben feststellen könnten. Um wieviel besser könnten sich aber die Arbeiter befinden, wenn das Organisationsverhältnis in unserem Bezirk ein besseres wäre. Hauptsächlich bringt diese Erwägung doch manchen abschließenden dazu, daß er sich unserem Verband anschließt, damit das laufende Jahr in jeder Beziehung besser wird, wie das Jahr 1908.

(Schluß folgt.)

48 Mitgliederversammlungen, 42 Werkstattversammlungen, 8 Gewerbegechtsversammlungen, 77 öffentliche Versammlungen, 39 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, 3 Beamtenkonferenzen, 2 Verhandlungen mit Arbeitgebern und 17 sonstigen Sitzungen und Versammlungen. Ortsgruppen wurden neu gegründet in Gevelsberg und Donaueschingen. An Flugblättern wurden im Bezirk 30.000 Stück, an Hand- und Flugzetteln zur Einladung von öffentlichen und Werkstattversammlungen 3650 Exemplare verteilt. Von letzteren wurde der größte Teil im Büro hergestellt.

Die Presse steht unserer Bewegung im allgemeinen freundlich gegenüber. Sie ist denn auch so viel als möglich mit Berichten über Versammlungen sowie mit aufklärenden Artikeln über unsere Bewegung bedient worden. Die Kollegen müssen aber mehr wie bisher ihr Augenmerk auf die Presse richten, um etwaigen gegen unsere Sache gerichteten Angriffen wirksam entgegentreten zu können.

Verhältnismäßig umfangreich gestaltete sich auch die Postarbeit. Es gingen 327 Briefe, 142 Postkarten, 96 Drucksachen, 4 Telegramme, 35 Pakete und 58 Geldsendungen etc. Es gingen 330 Briefe, 222 Postkarten, 927 Drucksachen, 3 Telegramme und 42 Pakete aus. Außerdem wurden noch 41 Geltungsartikel für die Gewerkschafts- und Tagespresse verfaßt und jedesmal an 18 Zeitungen des Bezirks versandt.

Rechtschluß wurde in 21 Fällen an 14 Kollegen erteilt. Dreimal vertrat der Bezirksleiter je einen Kollegen vor dem Schiedsgericht und jedesmal mit Erfolg. Die Summen des durch die Vertretung erzielten bezw. erhaltenen Beitrags beläuft sich bei diesen Fällen insgesamt auf 460 Mk. pro Jahr.

In Streiks und Lohnbewegungen sind sechs zu verzeichnen: zwei in Mühlhausen, eine in Straßburg, eine in Hassel und zwei in Rheinfelden, wovon bis heute noch keine entschieden ist.

Das Berichtsjahr brachte uns die Errichtung eines Gewerdegerichts in Furtwangen, welches auf eine von unserer Seite letztes Jahr gemachte Eintragung eingesetzt wurde.

An Unterstützungen wurden ausbezahlt vom 1. Oktober 08 bis 1. April 09: Sirenenunterstützung 13 Mk., Reiseunterstützung 64 Mk., Maßregelungsunterstützung 42,50 Mk., Umzugsumunterstützung 45 Mk., Erwerbslosenunterstützung a) bei Krankheit 2547,46 Mark, b) bei Arbeitslosigkeit 1381,70 Mk., Sterbegeld 120 Mk., Rechtsschutz 78, 87 Mk., Notfallunterstützung 65,30 Mk., Gunna 4458,43 Mk.

An die Zentrale wurde in dieser Zeit 5098,81 Mk. abgeliefert. Die Bezirkskasse balancierte wie folgt:

Einnahmen:	
Bestand am 15. Oktober 08	242,56 Mk.
Vom Saarbezirk erhalten	208,30 "
Zuschuß von der Zentrale	2089,63 "
Von den Ortsgruppen 7½ resp. 5 Proz. der Einnahme	554,34 "
<hr/>	
Gesamteinnahme	3094,83 Mk.

Ausgabe:	
Gehalt	1266,40 Mk.
Büromiete und Reinigung	90,- "
Licht und Heizung	35,78 "
Fahrgeiß	376,85 "
Spesen und Nachlogis	603,20 "
Drucksachen und Schreibmaterial	93,20 "
Zeitungen und Literatur	40,94 "
Porto	94,71 "
Hilfskräfte in der Agitation	82,- "
Umzug und sonstige Ausgaben	176,10 "
Rechtsschutz	220,31 "
<hr/>	
Gesamtausgabe	3082,54 Mk.

Bilanz:	
Gesamteinnahme	3094,83 Mk.
Gesamtausgabe	3082,54 "

Bleibt Kassenbestand der Bezirkskasse am 1. Juni 09	
	12,29 Mk.

Soweit der Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters. — Es folgte nun eine anregende Diskussion über den Bericht sowie die Berichterstattung der Delegierten. Besonders tat sich in der Diskussion die Kollegin Frau Winderhalter aus Hassel hervor, die ihre Auseinandersetzungen mit folgenden Worten schloß:

"Hoch die Christlich-Soziale,  
Töne es von Land zu Land;  
Hoch der Kampf für Ideale,  
Die uns schenkte Gottes Hand.  
Kämpfen wollen wir, nicht hassen,  
Kämpfen nur für unser Recht,  
Dass wir nicht im Elend lassen  
Uns und kommendes Geschlecht.  
Auf zur Arbeit, Schwestern, Brüder,  
Opferfreudig und mit Mut,  
Mag Gottzüglichkeit einst wieder  
Herrschern über Gut und Blut."

Dann ließ der Vorsitzende Kollege Wieber den Gang der Verhandlungen Revue passieren. Er betonte, daß es das Bestreben aller Kollegen und Kolleginnen sei, an der Ausbreitung des

Verbandes mitzuwirken. Eine Friedliche Aktion muss in diesem Jahre im Bezirk überall entfaltet werden, der Erfolg wird dann nicht ausbleiben.

Dann folgte ein Referat des Bezirksleiters über die Ausgaben der Vorstände und Vertrauensmänner in Verwaltung und Agitation, in welchem besonders betont wurde, daß die Kollegen nicht im Glauben leben sollen, daß, da ein Beamter im Bezirk tätig ist, sie aller Agitationsarbeit entzogen seien. Auch in der Verwaltung müssten die Kollegen, trotzdem sich schon manches gebessert habe, noch größere Aufmerksamkeit und Genauigkeit entwickeln, denn darin liegt schon ein großer Gewinn. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die vom Bezirksleiter entwickelten Richtlinien eingehalten werden müssen.

Das Referat über das Unterstützungsweisen in unserm Verband hatte der Zentralvorsthende Kollege Wieber übernommen. Weder schätzte zuerst kurz die Gründung des Verbandes und seine Entwicklung bis zum heutigen Tage. Beziiglich des Unterstützungsweisen wies er darauf hin, daß die Unterstützungen nicht Selbstzweck der Organisation seien, sondern nur Mittel zum Zweck. Die Hauptaufgabe ist und bleibt immer: Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, das dürfen wir nicht vergessen.

Sodann verglich Kollege Wieber unsere Kassenverhältnisse mit jenen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Dank unsichtiger Verwaltung gelang es uns, trotz der Krise das Verbandsvermögen um über 127 000 Mark zu vermehren, hingegen hatte der sozialdemokratische Verband ein Defizit von 660 000 Mk. Niebhaupt schreibt es, daß der sozialdemokratische Verband seine Mitglieder immer zu Klassenmenschen erziehe. Das, was früher immer der sozialdemokratische Metallarbeiterverband bei den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften verurteilte, treibt er jetzt selbst in noch größerem Maße, und daher kommt es, daß der Verband kein Geld in der Kasse mehr habe, um wirtschaftliche Vorteile für seine Mitglieder zu erzielen. Mögen daher die Kollegen überall da, wo sie mit den "Genossen" zusammentreffen, diesen an Hand von Tatsachenmaterial entgegen treten und mögen und ruhen in der Werbung neuer Mitglieder. — Der reichliche Beifall der dem Kollegen Wieber gespendet wurde, bewies daß seine Worte auf fruchtbaren Boden stelen.

Da die Kollegen eine Diskussion über diesen Punkt nicht wünschten, wurde zur Wahl des Bezirksvorstandes geschritten. Es wurden folgende Kollegen gewählt: Hübner-Straßburg, Hug-Schramberg, Maier-Triberg, Kurz-Willingen, und Duggle-Madolszell.

Des weiteren nahm die Konferenz Stellung zu dem Beschlusse der badischen Schlossermeister auf der Tagung am 25. April d. J., nach welchem die Lehrzeit auf 3½ Jahr verlängert werden soll. Nach eingehender Besprechung wurde folgende Resolution angenommen und beschlossen, diese an die Handelskammer Badens zu schicken:

#### Resolution:

Die am Sonntag, den 13. Juni 09 in Willingen tagende Konferenz des Bezirks Straßburg des christlichen Metallarbeiterverbandes erkennt die Notwendigkeit einer besseren Ausbildung der Lehrlinge im Schlosserberufe an, häst es jedoch für verfehlt, dieselbe durch Verlängerung der Lehrzeit herbeizuführen zu wollen, sondern ist vielmehr der Ansicht, daß vor allem die Lehrmeister mehr wie bisher üblich war, die Lehrlinge zu beruflichen Arbeitern heranziehen sollen, statt daß sie vielleicht als Helfer beschäftigt werden. Dann wird es auch im dritten Jahre möglich sein, ihnen etwas zu lernen. Untersetzt entsprechen die Arbeitsbedingungen als Schlossergeselle keineswegs den Mehrforderungen, die an die Ausbildung gestellt werden sollen.

Die Konferenz erachtet daher die badischen Handelskammern, auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge dringen zu wollen, wozu in erster Linie die in vielen anderen Berufen geltende Vorschrift, die Gesellenprüfungsaufgaben in fremden Werkstätten anfertigen zu müssen, dienen dürfte. Es würde auf diese Art die bessere Ausbildung mehr gefördert werden, als durch eine Verlängerung der Lehrzeit, die in der Mehrzahl in einsetziger Weise zu Gunsten des Meisters ausgeübt würde, ohne dem Lehrling Vorteile zu bringen.

Hierauf gelangte folgender Antrag der Ortsgruppe Schramberg zur Beratung:

"Für die in der Uhrenindustrie beschäftigten Arbeiter einen Ausschuß zu gründen von 5—7 Kollegen, welche die Verhältnisse der Uhrenarbeiter und ihre Begleiterscheinungen untersuchen und beraten sollen, um dann womöglich Initiative zu ergreifen in Wort und Schrift, im Einverständnis mit der Zentral- und Lokalleitung."

Kollege Hug-Schramberg begründet in ausführlichen Worten den Antrag und nachdem auch Kollege Wieber zu dem Antrage Stellung genommen hatte, wurde eine Kommission gewählt, welche aus folgenden Kollegen besteht: Hug-Schramberg, Maier-Triberg, Neuhinger-Willingen, Güter-Gütingen und Hupper-Schwenningen.

Durch ein kurzes, kräftiges Schlußwort des Bezirksleiters und ein begeistert ausgetragtes Hoch auf unseren bewährten Führer, Zentralvorsthenden Kollegen Wieber und den christlichen Metallarbeiterverband wurde die Bezirkskonferenz unter den besten

Gesinnungen auf die Zukunft unseres Bezirks geschlossen. Möge dieselbe von fruchtbringender Wirksamkeit für die einzelnen Ortsgruppen und unsern gesamten Bestand seien.

G. G.

## Gewerkschaftliches.

### Die Gewerkschaftsfrage auf dem Evangelisch-Sozialen Kongress.

Im evangelischen Lager sind die Anschaunungen über die Gewerkschaftsfrage sehr verschieden und es gibt auch hier Leute genug, die den christlichen Gewerkschaften passiv und zum Teil sogar direkt ablehnend gegenüberstehen. Bemerkenswert war darum die diesjährige Tagung des Evangelisch-sozialen Kongresses in Heilbronn, die sich mit der Gewerkschaftsfrage des näheren beschäftigt hat. Ergeleitet wurde die Aussprache durch ein Referat des Herrn Lic. Schneiders (Berlin), der als Thema: Geistige Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung behandelte und sich im Wesen und Prinzip für die christl. Gewerkschaftsbewegung aussprach. Das Referat des Herrn Pfarrers Traub (Dortmund) war im entgegengesetzten Sinne gehalten, was bei der bekannten Abneigung dieses Herrn gegen die Katholiken (er sagt: Ultramontanen) und bei der von ihm vertretenen theologischen Richtung im Protestantismus auch gar nicht weiter verwunderlich ist. Traub ist einer der wenigen Befürworter der hirsch-Dunkerschen, die jetzt ja so inbrünstig um das Wohlwollen der Geistlichen flehen, während sie bisher die Unterstüzung der christlichen Gewerkschaften durch Geistliche den christlichen Arbeitern zum schwierigen Vorwurf machen wollten.

Mit großer Wärme trat der alsbekannte Staatssekretär a. D. Graf Posadowsky für die christliche Gewerkschaftsbewegung ein und das Wort dieses bewährten Staatsmannes wiegt viel schwerer wie die Einsichten eines mit konfessionellen Scheuklappen versehenen liberalisierenden Theologen. „Hart im Raum stehen sich die Sachen“, antwortete der Graf im Barte auf die Ausführungen Traubs und führte u. a. weiter aus: „Wenn wir die christlichen Gewerkschaften heute nicht hätten, so würden diese Arbeiter der Sozialdemokratie zugesessen sein. Getrennt marschieren und vereint schlagen, scheint mir die richtige Lösung zu sein. Deshalb müssen die christlichen Gewerkschaften unterstützt werden in der Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie, die uns allen feindlich gegenübersteht.“

Der bekannte frühere freie Gewerkschaftler Fischendorfer, der Jahre lang als Mitglied um die Neutralisierung der angeblich freien Gewerkschaften vergeblich gekämpft hat und dann ausgetreten und heute Angestellter einer Beamtenorganisation ist, sprach folgende inhaltvollen Worte: „Ich habe eine langjährige Erfahrung in der Gewerkschaftsbewegung hinter mir und weiß, daß wir in den Gewerkschaften auf lange hinaus nichts zu suchen haben. Ich habe es aus dem Munde bedeutender sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer gehört, daß man sich evangelisch-nationaler Arbeiter als zahlende, aber nur als zahlende Mitglieder wohl gefallen lassen könnte. Es ist nur theoretische Liebhaberei, wenn man glaubt, daß wir dort einen Einfluß ausüben können. Wir müssen heute weiter gehen und uns offen für die christlichen Gewerkschaften bekennen.“

Einige auf dem Kongress anwesende Anhänger der hirsch-Dunkerschen Richtung (Wünni-Magdeburg — Fischendorfer — Bremen-Holz-Ulm) verbreiteten die Tagung anscheinend mit einer Volksversammlung und hielten grimmige Hetzer gegen die christlichen Gewerkschaften. Nicht einmal auf einer solchen Tagung können die hirsch-D. Agitatoren ihrem Hass gegen die christliche Arbeiterbewegung Rügel anlegen. Daß sie mit einem solchen Vorgehen die Gegenseite unter den nichtsozialdemokratischen Arbeitern zu deren Schaden nur verschärfen, sehen diese Fanatiker anscheinend gar nicht ein. Oder es ist ihnen höchst gleichgültig, ob die Interessen der Arbeiter darunter leiden oder nicht. Mit ihrem Auftreten in Heilbronn haben die S.-D. aufs neue den Beweis geliefert, daß ihre Bewegung auf dem niedrigsten Niveau steht.

Mit vollem Recht betonte der ebenfalls auf dem Kongress anwesende Kollege Behrens, daß die denkende Arbeiterschaft heute Klarheit verlangt und aus diesem Grunde kann es für uns nur christliche Gewerkschaften als wirtschaftl. Interessenvertretung geben. Einen Beschluß in der Gewerkschaftsfrage hat man auf dem Kongress nicht gefasst, es ist jedem überlassen worden, sich seine Meinung zu bilden. Die Verhandlungen haben aber den unzweckhaften Beweis geliefert, daß die Sympathien für die christlichen Gewerkschaften auch in jenem Teil des evangelischen Lagers am stärksten sind, wo man bisher noch sehr unschlüssig gewesen ist. Und so darf die christliche Arbeiterbewegung mit dem allgemeinen Resultat dieser evangelischen Tagung wohl zufrieden sein. Die evangelischen Arbeitskollegen haben nun die Pflicht, die praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen und sich noch zahlreicher wie bisher den christlichen Berufsorganisationen anzuschließen.

„Selbstverständlich stellen die Arbeiterschaftsorganisationen fortgesetzt die ihnen ganz natürlich erscheinende Forderung, daß Ihre Beamten als Arbeitervertreter zu den Schiedsgerichten zugelassen werden müssten, wie auch, daß Ihnen das passende Wahlrecht für die neu einzurichtenden Arbeitskammern zu verleihen sei. Die „Sozial- und wirtschaftspolitische Korrespondenz“ macht nun die interessante Feststellung, daß die Arbeiter selbst für Ihre eigenen Verhandlungen von einer Vertretung durch Beamte nichts Rechts wissen wollen:

„So stellte die Bezirkskonferenz Essen des Gewerkschaftsverbandes christlicher Bergarbeiter Deutschlands zur Generalversammlung, die vom 27. bis 30. Juni 1909 in Gießen abgehalten werden wird, folgenden Antrag: Dem § 42 ist folgende Fassung zu geben: Die Generalversammlung sieht sich zusammen aus dem Centralvorstand, dem Beauftragungsanschluß und den Delegierten. Letztere müssen noch im festen Arbeitsverhältnis stehen und keine Freiwilligen sein.“

Und die Zahlstelle Schönebeck verlangt: Dem § 42 ist folgende Fassung zu geben: Die Generalversammlung sieht sich zusammen aus dem Centralvorstand, dem Beauftragungsanschluß und den Delegierten. Letztere müssen noch im festen Arbeitsverhältnis stehen und keine Freiwilligen sein.“

Als zu Einzelheiten die Werksbesitzer nicht mit Agitatoren, welche von auswärts verschickt waren, sondern mit Gewerkschaftsmitgliedern verhandeln wollten, da wurde dieser vernünftige Standpunkt als Herrenwortscharakterisiert. Jetzt haben wir den Fall, daß die eigenen Organisationsmitglieder ihre Interessen nicht den Angestellten des Verbandes, sondern nur den selbst gewählten Delegierten untertragen wollen.“

In Arbeitgeberkreisen wird man sich diese Haltung der Gewerkschaften für künftige Streitfälle zu merken haben.“

Technische Ansichten und Strömungen wie sie sich jetzt im Gewerkschaftsverband christlicher Bergarbeiter zu Anträgen verdichtet haben, waren vor unserer vorigen Generalversammlung in Mainz auch vereinzelt in unserem Verband vorhanden. Die Kollegen werden es ebensoviel wie die Kameraden des Gewerkschaftsverbandes der Bergarbeiter vorausgeahnt haben, daß ihre ungerechte und kurzfristige Haltung in dieser Frage dem Schriftschatz als Waffe gegen das Verhandlungsprinzip dienen könnte. Jetzt sehen sie es jedensfalls ein, auf welche schiese Ebene sie sich mit solchen widersinnigen Anschaunungen begeben und werden hoffentlich dauernd kuriert sein.

Die Unternehmer aber werden die Angelegenheit nicht gegen das Verhandeln mit Gewerkschaftsbeamten ausschließen können, solange es sich nur um Einzelerscheinungen innerhalb der Organisation handelt. Denn in jeder größeren Korporation wird es stets einzelne Mitglieder oder Gruppen geben können, die als unreife Glieder des Ganzen unzulässige Extratouren tanzen. Das darf ein gerecht Denkender aber nicht verallgemeinern und der ganzen Organisation zur Last legen. Und solange die Generalversammlungen der Gewerkschaften solche Anträge ablehnen, wie es kürzlich auch noch vom Verbandstag der sozialdemokratischen Metallarbeiter in Hamburg geschehen ist, solange haben die Unternehmer kein Recht, die Sache für ihren arbeiterorganisationsfeindlichen Standpunkt ins Feld zu führen.

### Wo sind die „Berliner“ Zionswächter?

Um die klare Antwort auf die Frage: „Ist die konfessionelle Trennungspolitik nur für die katholischen Arbeiter notwendig? haben sich die Theoretiker und Befürworter der Berliner Fachabteilungen stets sehr vorzüglich herumgedrückt. Sie wissen nämlich genau, daß sie den katholischen Bauern, Handwerkern, Beamten und Unternehmern mit ihren sogenannten Ideen nicht kommen dürfen, ohne gründlich heimgesucht zu bekommen. Man sieht bei den „Berlinern“ gar nicht einmal den Versuch, unter den übrigen Bevölkerungsgruppen die gleiche Herplitterung nach konfessionellen Gesichtspunkten einzuleiten, wie unter den Arbeitern. Wie man in Arbeitgeberkreisen denkt, dafür ein Beispiel vom Allgemeinen Bahrischen Handwerker- und Gewerbetag, der am 6. Juni in Kulm zum 26. Male tagte, auf dem der Vorsitzende Kommerzienrat Nagler (katholik) u. a. ausführte:

„Frei von allen politischen und konfessionellen Tendenzen war für den Bahrischen Handwerker- und Gewerbeverbund seit 26 Jahren Leiter seines Handels, dieses hat nicht minder dazu beigetragen, seinen Einfluß und Ansehen zu heben und zu kräftigen, ihn zu einem Bunde erstarren zu lassen, der 256 Korporationen mit über 26 000 Mitgliedern umfaßt. Unser Bund darf das Zeugnis bezeugen, obwohl er Angehörige der verschiedenen Parteien zu den Seinen zählt, daß er sich nie an den bürgerlichen Streitigkeiten zwischen den christlichen Bevölkerungsgruppen beteiligt, weil er durchdrungen ist von der Überzeugung, daß nicht die gewerblichen Mittelstaaten bestrebungen schwerer schädigen könnten als die Religionen der konfessionellen Gegenläufe in der Handwerkerbewegung. Ich darf es ehrlich und offen aussprechen, unser Bund, seine Zeitung und sein Organ haben sich stets freigehalten von einseitiger Stellungnahme in reinen Parteidingen; sie kennen mit einem Gründlichkeit katholisch und protestantisch hand in Hand fürs Vaterland und des deutschen Handwerks Rechte.“

Kommerzienrat Nagler spricht hier im Interesse des Handwerks, wie er nach dem wirtschaftlichen Gesetz vom umfassendsten Zusammenschluß, da dieser den besten Erfolg verspricht, nicht anders reden kann. Und das verdienen wir ihm und den Handwerkerstand

wiß nicht. Hier läßt sich bezeichnenderweise kein Fachabteilungsprotector als Warner für religiöse Gefahren hören, das bemerken wir nur bei den Arbeitern. Anschließend hält man diese allein für dummi genug, um sich für die arbeiter schädigende Fachabteilungsschwinderei einzutragen zu lassen.

### Stettin — Mannheim — Hagen i. W.

Der kulturelle Wert sozialdemokratischer Erziehungsarbeit zeigte sich beim Deutschen Metallarbeiterverband gelegentlich der Kämpfe in Stettin und Mannheim schon in recht bedeutsicher Weise. Noch sind über diese für organisierte Arbeiter beschämenden Vorommunisten die Alten nicht geschlossen, wiederholt sich in Hagen i. W. ein ähnliches Schauspiel. Indem hier wie dort die Genossen der „Praktitionergarde“ offen die Gefolgschaft verweigern.

Die Ursache der roten Palastrevolution in Hagen ist in der vor kurzem beendeten Bewegung in der Hagener Metallindustrie zu suchen. Bekanntlich war dieselbe initiiert vom sozialdemokratischen Verband und dem S.-D. Gewerkschaftsverein wegen einer 5% Lohnreduzierung auf dem Grünwalder Eisenwerk. Trotzdem der christliche Metallarbeiterverband anfangs überhaupt nicht unterrichtet wurde, dieses geschah erst, als die Bewegung größere Dimensionen annahm — erklärte sich derselbe im Interesse der Arbeiter solidarisch. Nicht nur die 26 streitenden Hammermänner, auch die übrigen Arbeiter (192) der Grünwalder Firma, welche infolge des Streiks ausgesperrt wurden, kamen auf eine sogenannte „schwarze Liste“. Nachdem die Organisationen daraufhin die Sperrre über das ganze Gebiet des Arbeitgeberverbandes verhängten, beschloß der Arbeitgeberverband für den Industriebezirk Hagen sämtliche bei den Verbandsmitgliedern beschäftigte Arbeiter in prozentualer Reihenfolge auszusperren. In Frage kamen 25 000 Arbeiter, von denen kaum 3000 organisiert waren.

Bedenkt man dieses, sowie den Umstand, daß von einer Belebung der industriellen Marktlage in Hagen noch sehr wenig zu spüren ist, wird man einsehen müssen, daß die Aussperrung sehr wahrscheinlich zu ungünstigen der Arbeiter ausgelassen wäre. Sämtliche Verbände beschlossen daher, noch vor der Aussperrung mit dem Arbeitgeberverband Verhandlungen anzubahnen. Nachdem mehrere gemeinsame Sitzungen stattgefunden hatten, erfolgte eine Einigung und die Aussperrung unterblieb.

Mit dem Friedensschluß war nun ein Teil der Streitenden im sozialistischen Verband nicht einverstanden. Nicht allein aus dem Grunde, weil das Einigungsprotokoll einige nicht angenehme Bestimmungen enthielt, sondern weil man den Zeitpunkt als gekommen erachtete, um endlich mal dem „Kapitalismus“ in Hagen die angebliche „starke Faust“ des sozialen Metallarbeiterverbandes versprühen zu lassen. In unglaublicher Weise wurden die „Fanatizieren“ (d. h. die Beamten) von ihren eigenen Mitgliedern beschimpft. „Lumpen“, „Verräter“, „Fülbälge“ u. ähnl. Kosenamen rief man ihnen nach. Ein Teil der Genossen wollte zwar wissen, das Ende der Bewegung sei nur auf einen Wink der Stuttgarter Zentrale zurückzuführen, die kein Geld in der Tasche habe.

Mit Angst und Grauen soll die Ortsverwaltung der auf Grund der Erregung notwendig gewordenen Generalversammlung entgegen gesehen haben. Und gewiß nicht mit Unrecht. Denn die am 12. Juni endlich einberufene Versammlung hat gemäß zuverlässigen Berichten einen stürmischen Verlauf genommen. Ueber 1000 Mitglieder waren erschienen, um die Führer zur Rechenschaft zu ziehen. Trotzdem auch die beiden Gauleiter Wallbrecht und Spiegel von Düsseldorf erschienen waren, gelang es nicht, die erregten Gemüter zu beruhigen. Einstimmig wurde die Absehung des örtlichen Geschäftsführers Donath beschlossen.

Wie uns nachträglich gemeldet wurde, soll auch die Suspendierung des Bezirksleiters Wallbrecht als Unterzeichner des Einigungsprotokolls ernstlich in Aussicht genommen worden sein. Gegen Morgen grauen wurde die Versammlung geschlossen, deren Verlauf wieder auf das eklanteste beweist, wohin die sozialdemokratische Erziehungsmethode führt. Denn so schändlich devartige Vorfälle auch für die bett. Arbeiter sind, so kann man diesen doch die wenigste Schulbildung beilegen. Hier sind die Führer verantwortlich. Diese haben ihre Hauptaufgabe nicht darin erblickt, gute disziplinierte Gewerkschaftler, sondern nur radikale Schreier und Feuer zu erziehen. In jeder Werkstattbesprechung, jeder Versammlung wurde gerade von dem Genossen Donath, der Segen des Sozialismus gepriesen. Fanatisiert hat man die Mitglieder gegen alle andersdenkende Arbeiter. Daum durften diese es wagen, eine gegenteilige Meinung fundzugeben. Heute erntet die Führer den Dank, allerdings in bitterster Form. Dieselben Mitglieder, die früher stolz auf den hiesigen Geschäftsführer waren, ja ihn fast vergötterten, verlangen heute dessen Beleidigung, weil „unser Fritz“ sich nicht ihrem Willen beugen wollte. Mögen die Vorgänge in Stettin, Mannheim, Hagen dem sozialdemokratischen Verband ein warnendes Mene-telef sein. Nicht mit Phrasen und Schlagworten lassen sich echte Gewerkschaftler erziehen, sondern durch ehrlich-praktische Arbeit, wie sie in unserem christlichen Metallarbeiterverband geleistet wird.

### Gewerkschaftsbeamte als Arbeitervertreter.

Unter dieser Überschrift ist in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ Nr. 24 folgendes zu lesen:

## Der christliche Textilarbeiterverband Österreichs

hielt am 31. Mai seine zweite Generalversammlung in Wien ab. Die Entwicklung dieses Verbandes befindet sich in ständig aufwärtssteigender Linie. Zu Anfang 1907 waren es 6166 Mitglieder, Anfang 1908: 10112, und 1. Januar 1909: 11147 Mitglieder. Die Einnahmen in den beiden Jahren betrugen 155117 Kr. 67 H. An Streikunterstützung wurden verausgabt 65894 Kr. 37 H., an Arbeitslosenunterstützung 21915 Kr. 17 H., an Krankenunterstützung 8856 Kr. 18 H., für Mahregelung 2440 Kr. 21 H. usw. Der Verband trat in der Berichtsperiode an 184 Lohnbewegungen beteiligt, die in 101 Fällen zu Streiks und Aussperrungen führten. Der Verband unterhält internationale Beziehungen mit Italien, Schweiz, Belgien und Deutschland, mit insgesamt 69200 christlich organisierten Textilarbeitern. Der christliche Textilarbeiterverband Österreichs hat sich gut entwickelt und hat eine gute Zukunft vor sich. Unser Wunsch ginge dahin, daß auch die christlichen Metallarbeiter Österreichs auf dem gleichen Standpunkt bald anlangen möchten.

## Streiks und Lohnbewegungen.

**Gleiwitz.** (Oberschlesien). 700 Oberschlesische Metallarbeiter im Streik! Am 15. Juni sind 700 Arbeiter der Oberschlesischen Eisen-Industrie-Aktiengesellschaft wegen angekündigtem Lohnabzug von 2–10 Prozent ab 1. Juli in den Streik getreten. Die Arbeiter der oberschlesischen Eisen-Industrie haben in den letzten zwei Jahren geradezu sichtbar durch Lohnkürzungen, Feierschichten, Kurzum durch ganz ungheuerliche und unverantwortliche Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis gelitten. Not und Elend herrscht in wahrhaftem Sinne des Wortes in tausenden von Arbeiterfamilien. Auch die Arbeiter der Oberschlesischen Eisen-Industrie-Aktion-Gesellschaft haben in dieser Zeit unter diesen allgemeinen Verschlechterungen zu leiden gehabt. Durch die Bekanntgabe des beabsichtigten Lohnabzuges von 2–10 Prozent vom 1. Juli ab ist die Erbitterung unter den Rückütern, die sonst ja jede Bedrückung sowie Ungerechtigkeit und Willkür mit einem geradezu unverständlichen Gleichmut hingenommen haben, aufs äußerste gestiegen. Und in dieser Erbitterung haben 700 Mann die Arbeit niedergelegt. Sie fordern von der Direktion Zurücknahme der Ankündigung von Lohnabzügen. Die Direktion hat die Zurücknahme bis jetzt abgewehrt. Wir werden über den weiteren Verlauf des Streiks in nächster Nummer unseres Organs ausführlich berichten.

Für heute sei nur folgendes gesagt: Von allen in der Großesindustrie Deutschlands beschäftigten Arbeitern sind die Oberschlesiens am schlechtesten gestellt. Sie zeigten bis jetzt aber auch das geringste Verständnis für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. In den Nichtarbeiterkreisen Oberschlesiens hat man wohl kaum mit einem Streik der Metallarbeiter jemals gerechnet. Und die Arbeiter selbst? Ja, auch diese wollten niemals glauben, daß auch für sie der Weg zur Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse nur durch die Pforte des gewerkschaftlichen Kampfes geht. Das geradezu brutale Vorgehen der oberschlesischen Schärmacher in der jüngsten Zeit hat hierin manches geändert. Die Stimmung unter den Arbeitern ist auf der ganzen Linie eine äußerst gereizte. Und der Streik in Gleiwitz wird nicht vereinzelt bleiben.

**Danzig.** (Zur Klempererfrage vgl. S.) Wie unsere Kollegen aus der Nr. 23 unseres Verbandsorgans ersehen haben, beabsichtigen die Klemperer und verwandten Betriebe von Danzig und den Vororten einen neuen Lohntarif den Arbeitgebern zu unterbreiten, was unterdessen schon geschahen ist, da der Tarif von 1906 abgelaufen und ein neuer durch verschiedene Umstände nicht wirksam abgeschlossen werden konnte. Den wirtschaftlichen Niedergang und die Lockerung der Organisationsverhältnisse bei den Arbeitnehmern haben die Arbeitgeber dazu ausgenutzt, den Klemperern durch eine Arbeitsordnung bedeutend schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzutrotzen. Durch Verhandlungen unsererseits mit dem deutschen Metallarbeiterverband ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß die beiden beteiligten Organisationen – Deutscher Metallarbeiterverband und christlicher Metallarbeiterverband – gemeinsam in die Tarif- bzw. Lohnbewegung einzutreten, was den Beteiligten nur von Nutzen sein kann; dies umso mehr, da die Lohnverhältnisse in der Klempererbranche durchaus verschlechtert worden sind, mit Bezug auf die hohen Leiterungsverhältnisse für Lebensmittel und Wohnung. Ebenso sind mit Danziger Arbeitern ganz gehörig mit den Steuern in die Höhe getrieben. Sind doch hier viele Arbeiter von 1,98 vierteljährlichen Steuersatz auf 4,63 Mark erhöht worden.

Gefordert wird in unserem Tarifentwurf ein Gehalts- und Monteurpro Stunde pro Stunde 55 Pf., für Junggesellen in den ersten zwei Jahren nach beendeter Lehrzeit, für Süßmonteure und alle übrigen gelehnten Handwerker innerhalb der Betriebe 48 Pf., für Helfer 38 Pf. pro Stunde als Minimalsöhne.

Für diejenigen, welche diese Löhne über höhere haben, eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Daß diese Forderung nicht zu hoch ist, beweist, daß bisher schon vielfach diese Löhne gezahlt werden. Ja, wie uns mitgeteilt wird, sind in letzter Zeit von auswärts mehrere Klemperer von den Arbeitgebern herangezogen, denen das Weisegeld vergütet und ein Lohn von 60 Pf. pro Stunde gezahlt wird. Wir hoffen, daß die Arbeitgeber es nicht zum äußersten kommen lassen, sondern daß ein gesunder Sinn Platz greift und es den beteiligten Parteien gelingen wird, auf friedlichen Wege eine Einigung zu erzielen, was für beide Teile nur von Vorteil sein kann. Unseren Mitgliedern aber rufen wir zu: Sorgt unermüdlich für die Ausbreitung und Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes!

Vereinte Kraft nutzt großes Schafft;  
Verloren geht, wer einsam steht!

**Bur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

**Berlin.** Die Bauklemperer stehen in einer Lohnbewegung.

**Bochum.** In der Gieseler der Westfälischen Stahlwerke sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zugang von Formern ist fernzuhalten.

**Diedenhofen (Loth).** Über das Walzwerk der Nombacher Hütte ist die Sperrre verhängt.

**Danzig.** Die hiesigen Klemperer, Installatoren und Helfer stehen in einer Tarifbewegung.

**Delmenhorst.** In der Linoleumfabrik „Schlüsselmarke“ stehen die Arbeiter im Streik.

**Dortmund.** Wegen fortgesetzter Mahregelung organisierter Arbeiter wurde über das Eisen- und Stahlwerk & ösch die Sperrre verhängt und ist Zugang von Arbeitern aller Berufe fernzuhalten.

**Hamburg.** Die Schlosser im Baumgewerbe sind ausgesperrt.

**Kauzow-Linden.** Seit sechzehn die Klemperer und Installatoren im Streik.

**Madevormwald.** Auf dem hiesigen Elektromotorenwerk Titaun sind die Arbeiter ausgesperrt.

**Solingen.** Über die Firma Mandewirth ist die Sperrre verhängt.

Zugang ist fernzuhalten.

## Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 27. Juni 1909 der sechsundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Juni bis 4. Juli fällig.

### Nur Beachtung

#### beim Auszahlen von Wanderverunterstützung.

Nach § 9, Absatz 3 des Statuts darf die Gesamtsumme des in einem Jahre zu erhebenden Weisegeldes nach einer Mitgliedschaft von

1 Jahr	den Betrag von 50 Mk.
2 "	55 "
3 "	60 "
4 "	65 "
5 "	70 "

(weibliche Mitglieder die Hälfte dieser Sätze) nicht übersteigen. Nach der Dauer der Mitgliedschaft kann also jedes Mitglied den entsprechenden Betrag als Reiseunterstützung bezahlen, und nicht mehr, auch wenn er auf Grund des § 10 die ihm zustehende Jahressumme an Erwerbslohn- (bezw. Arbeitslosigkeit und Krankheit), Wander- und Umzugsunterstützung noch nicht erreicht hat. Auf der Reiselegitimation ist also nur die Summe einzutragen, die dem betreffenden Mitglied nach der Dauer der Mitgliedschaft an Reiseunterstützung zu beanspruchen hat. Ebenso ist es ein Irrtum, wenn manche Kollegen glauben, sie könnten im laufenden Jahre soviel mehr an Reiseunterstützung beziehen, als sie im vorigen Jahre an der ihnen zustehenden Jahressumme weniger bezogen haben. Die Mitglieder sowohl wie die Unterstützungsauszahler sollten das Statut öfter und aufmerksam durchlesen, wie es manchmal geschieht.

Die letzte Nummer der „Gewerkschaftsstimme“ enthält folgende Warnung: Frankfurt a. M. Ein gewisser Friedrich Schneider (scheinbar geborener Österreicher) sucht unter allen möglichen Vorwänden Reise- und Aufenthaltsunterstützung von den Ortsgruppenfassierern zu erlangen. Derselbe besitzt eine Reiselegitimation, zeigt aber sein Verbandsbuch nicht vor, weil es in Schweinfurt, Aschaffenburg (vielleicht auch noch an anderen Orten) liegen soll. Zuletzt erhält Schneider die Reise-Unterstützung in Offenbach und Frankfurt a. M.

ausbezahlt.“ — Wie uns aus südtirolischen Gruppen mitgeteilt wurde, hat dieselbe angebliche Friedr. Schneider auch in unserem Verband Hilfeunterstützung zu erschwindeln versucht. Die Ortsgruppenleitungen seien deshalb gewarnt.

Es wird gebeten, die Adresse des Mitglieds Carl Sauer Buchnummer 81673 sofort an die Zentrale einzusenden.

**Die Arbeitslosen-Zählkarten** sind genau auszufüllen und pünktlich in der Zeit vom 1.–4. Juli an die Geschäftsstelle des Verbandes einzusenden. Die Ortsgruppenvorstände sind verpflichtet, diese Arbeit vorchriftsmäßig auszuführen.

## Aus dem Verbandsgebiet.

**Saargebiet.** Heute, was helfen mag, denkt der Christ-Dienerische Agitator Edlen und sucht die Brüderchaft und Unterstützung ausgesprochener Schärmacher, um seiner bedungslosen Organisation Leben einzuhauen. Mit welchen unrichtigen Mitteln er dabei vorgeht, sagt folgendes Werbezettelat, daß Herr Edlen evangelische Mitglieder der christlichen Gewerkschaften verachtet hat:

Saarbrücken, 3. April

Sehr geehrter Herr!  
Bezugnehmend auf eine Misssprache mit Herrn Redakteur Pfleider in St. Ingbert sende ich mit gleicher Post an Ihre werte Adresse einige Druckschriften und sonstiges Material, wo zu ich mir heimlich einige Erklärungen gestalte.

Es ist schon seit Jahrzehnten das Streben der Arbeiter, sich in Berufsvereinen zu organisieren zur Pflege und Erhaltung des Standesberufseins, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur gegenseitigen Unterstützung in allen Notlagen des Lebens.

Besonders die liberalen Parteien haben sich um diese Bestrebungen große Verdienste erworben. Die Gewährung des geistlichen Koalitionsrechts ist eine durchaus liberale Errungenschaft. Leider steht damit der heutige Zustand nicht im richtigen Einklang. Tausende liberaler Arbeiter gehören überhaupt keiner, oder einer solchen Organisation an. In letzter Zeit bemühten sich besonders die sogen. „christlichen“ (Bentzumis) und „freien“ (Sozialdemokratischen) Gewerkschaften, die Arbeiter in ihre Reihen zu ziehen. Das ist meist nur der Anfang dazu, diese Arbeiter gleichzeitig auch den hinter diesen Verbänden stehenden Parteien zuzuführen, deren „Rekrutenschulen“ sie sind.

Die liberalen Arbeiter und deren Freunde dürfen das niemals zugeben; wenn sie ihren Grundsätzen treu bleiben wollen. Andererseits ist es aber auch unmöglich, länger noch entgegen dem Bilde der Zeit ohne Organisation zu bleiben. Aus diesem Dilemma hilft nur ein Weg heraus, das ist die Stärkung der deutschen Gewerksvereine (Christ-Diener).

Diese Vereine stehen auf fortschrittlich freiheitlichem Boden, sind also den Liberalen freundlich gesinnt, trotzdem sie prinzipiell parteipolitisch neutral sind und eben Arbeiter, der sich zu ihren Grundsätzen bekannt, den Beitritt ermöglichen. In der Agitation vermeiden die Christ-Dienerischen Gewerksvereine den gehässigen Ton der anderen Verbände und arbeiten nur rein sachlich zugunsten ihrer Anhänger. – Die Unterstützungsanträge sind als mustergültig anerkannt und im Verhältnis zu den Beiträgen von keiner anderen Organisation erreicht. – Alles andere können sie aus den beigefügten Drucksachen ersehen, die ich Ihnen eingehend beachten dringend empfehle.

Naß außerdem bin ich Ihres Interesses für die gute Sache gewiß und bitte Sie ebenso herzlich wie dringend, in Bekanntschaften für die Ideen der Gründung eines Vereins an Ihrem Wohnort zu wirken. Zu jeder Ansiedlung bin ich gern bereit und bitte ich um weitere Mitteilung ebenso unter Bezeichnung bestiegender Adressen.

Gehrt gern würde ich auch persönlich mit Ihnen Rücksprache nehmen oder in einer Versammlung über Bezeichnung von Interessenten Vorträge halten; wenn ich rechtzeitig dagehängende Vorschläge erhalte. Für Ihre Bemühungen im voraus bestens dankend und weitere Mitteilung erwartend, zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung

J. Ecken, Arbeiterscretär.  
Sohn seit längerer Zeit haben wir die Beobachtung gemacht, daß Herr Ecken sehr gute Beziehungen mit den Redakteuren der saarabischen Schärmacherpresse unterhält, besonders mit Herrn Pfleider, Redakteur des „St. Ingberter Anzeigers“. Jeder Arbeiter Saarabiens weiß, was der „St. Ingberter Anzeiger“ ist, nämlich ein Schärmacherblatt erster Güte, ähnlich wie die „Völklinger Zeitung“ und der „Saarbrücker Volkszeitung“ (früher M.-B. Blg.). Wie die beiden genannten Zeitungen von dem am Orte befindlichen Hüttenwerken, da sie selbst nicht leben können, die nötige Nahrung bekommen, so soll auch der „St. Ingberter Anzeiger“ jählich, wie behauptet wird, 7000 Mark Guthruk von der Firma Krämer erhalten. Daß Herr Pfleider als Redakteur der Schärmacherpresse seine „Pflicht“ bezüglich der Bekämpfung der Arbeiterorganisation erfüllt, haben eben die vielen und täglich noch erscheinenden Zeitungsausschreibungen, die dazu bestimmt sind, den Arbeitern die Organisation zu verleidigen.

Ferner ist Herr Pfleider vor Jahresfrist mit den Schärmachern in den Wahl von Ort zu Ort gezogen, um vor allem katholische Arbeiter aus dem christlichen Metallarbeiterverband in die „guten“ Gewerksägen unter dem Deckmantel des liberalen Wahlvereins zu gewinnen. Herr Pfleider wurde in seiner Arbeit dadurch unterstützt, daß die Hüttenbeamten der Burbacher Hütte auf die Arbeiter eintraten, die Versammelungen des Herrn Pfleider zu besuchen. Mit solchen im Dienste der Schärmacher stehenden Redakteuren treibt Herr Ecken seine Agitation für die C.-D. Gewerksvereine. Ob Herr Ecken diese Agitationen

welche auch den katholischen Arbeitern von Rombach erzählt, denen er fortwährend die „Neutralität“ der S.-D. Gewerkschaften voraussetzt. Den evangelischen Arbeitern will Herr Etten fest mit der liberalen Parteikomplaisie die Ohren vollschlagen, um sie für die S.-D. Gewerkschaften zu überreden. Die beseitenden liberalen Arbeiter werden sich davon natürlich ebensoviel betören lassen wie die katholischen Arbeiter von dem aufrüttelnden Neutralitätsgeschwafel, wie man es von den S.-D. Agitatoren ja auch ohne Unterlaß hören kann. Das wahre Natur der S.-D. Agitation ist doch gut besaut, als daß sie durch Phrasen beweist werden könnte.

**Mavensburg.** Hier fandte eine Firma der Maschinenbranche mehrere Arbeitern mit der Vergründung, es liege Arbeitsmangel vor. Unter den Entlassenen befand sich sowohl unser Vorsteher als ein Vertrauensmann. Beide zufällige und prahlende Arbeiter, die schon 9–10 Jahre im Betrieb standen; der erste ist der Ernährer einer bläßlichen Familie. Nach den Vorwissen, da der Entlassung vorangegangen, lag zweifelsohne eine Maßregelung vor. Die seitens der Firma gemachten Versicherungen ließen darauf schließen, daß man zu einem Schlag gegen die Organisation ausholen wollte.

Angeklagts bestens und wollt sich auch Genossen unter den Gewerkschaften befinden, was anzunehmen, daß einhellig gegen die Firma Stellung genommen würde. Unser Verband nahm sich seiner Kollegen an. Um der Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, sich über die Vorwissenisse zu informieren, wurde eine Versammlung einberufen, welche einen außergewöhnlich starken Besuch aufzuweisen hatte. Der Fabrikant, der schriftlich eingeladen und auch erschienen war, suchte die Maßnahmen der Firma zu rechtfertigen. Nach dem Urteil unbeschwerter Versammlungsteilnehmer aus Bürgerkreis ist ihm das nicht gelungen. Bestehen blieb, daß, um die Entlassung hinzuhalten, noch andere Auswege möglich waren. Bestehen blieb, daß eine Abteilung trotz des angeblichen Arbeitsmangels 12 Stunden arbeitet; jenseit hat man jüngere Leute, die erst kurze Zeit im Betrieb sind, weiter beschäftigt. Aus dem Mund des Arbeitgebers mußte man es nochmals hören, daß die Gewerkschaften vordringliche und feste Leute seien.

Die anwesenden Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes mit ihrem Führer glaubten nun eine beherrschende Haltung dadurch zu begehen, daß sie nicht nur den Fabrikanten zustimmen, sondern sogar eine Erklärung abgaben, im vorliegenden Fall keine gemeinsame Sache mit den Christlichen zu machen, obwohl auch Mitglieder von ihnen gewarnt wurden. Begeistertheit mußten derartige Dinge dem Arbeitgeber den Rücken stehlen, seinen Dank brachte er mit folgenden Ausführungen zum Ausdruck: „Damit seier doch den anwesenden Sozialdemokraten sein Kompliment machen, daß sie „sozialen und verständigen“ Haltung, welche dieselben in der Sache eingeschlossen.“ Diese Ausführungen wurden von der überwiegenden Versammlungsmehrheit mit einem allgemeinen „Hört, hört!“ Die arbeitsfreudlichen Sozialdemokraten als Schutzen der Unternehmer! begleitet. Der Führer des gegnerischen Verbandes suchte nun schnell noch zu retten, was zu retten war, mit der Erklärung, daß sie auf das Kompliment verzichteten. Doch aller Liebe Wohl war vergleichbar, was geschehen war, konnte nicht mehr verhindert werden. Zu allem Überfluß stimmten die Genossen noch gegen eine Resolution mit nachstehendem Wortlaut:

„Die heutige im Lokal zur „Wacht am Rhein“ tagende, von Arbeitern und Bürgern überaus stark besuchte Versammlung nimmt nach Anhörung eines Referats Kenntnis von den bedauerlichen Vorgängen bei der Firma Mavens. Die Versammlung erklärt in den Entlassungen alsbewährter treuer Arbeiter einen großen Verstoß gegen das Koalitionsrecht im Sinne des § 152 der S.-D. Bei einer weniger illokalen Haltung gegenüber ihren Arbeitern wäre es der Firma möglich gewesen, einen raschen Ausweg zwecks Verminderung der Produktion zu finden. Die Versammlung fordert den entlassenen Arbeitern ihre volle Sympathie und verspricht, sie in jeder Weise moralisch zu unterstützen. Die versammelten Arbeiter geloben sich erneut, mit allen erlaubten Mitteln ihre Organisation, den christlichen Metallarbeiterverband, auszubauen und zu fördern.“

Die Resolution wurde von der mehrhundertköpfigen Versammlung mit Zeichen der Zustützung gegen die Gewerkschaften abgelehnt. Siehe die eigenen richtig denkenden Gewerkschaften bemerkten, daß sie eine Schande sondern gleichzeitig für ihre Arbeiterbewegung, die nicht mehr aus der Welt geschafft und deren Folgen nicht ausgeweckt werden könnten.

Um sich gar noch des letzten Restes Reipelt bei der Versammlung zu begeben, versuchten die Genossen in ihrer bekannten Art den Referenten, der ihr Gewahrsam gehabt hatte, durch Zuschaltung unsäglicher Art zu stören, was ihnen allerdings nicht gelang, da die Versammlung einen wirkungs- und einflussvollen Besuch fand. Herr Etten, der Arbeitgeber, verabschiedete sich mit dem Bekenntnis, er hoffe, daß es in Zukunft nicht mehr zu derartigen Dingen komme; darauf wurde ihm geantwortet, daß unverrechnet dem nichts im Wege steht und auch die Versammlung am heutigen Tage nicht einberufen werden sei, sofern jenseits der Firma Entgegenkommen in der Sache bestündet worden wäre.

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Rombach übt mit diesem Vorgehen an den Interessen der Arbeiter Verrat bedenklichster Art, währenddessen trat der christliche Verband für die organisierten Kollegen ein, und hörte so die Interessen nicht nur der Metallarbeiter, sondern der gesamten Arbeiterschaft. Für den unorganisierten Arbeiter kann es deshalb keinen Zweck geben, weiter Organisationsarbeit einzutreten hat, einzige und allein dem christlichen Metallarbeiterverband.

Einige Erwägungen, welche gelegentlich der Versammlungseinladung zu Tage traten, verdeutlichen hier festgehalten zu werden: zunächst beteuerte die einzige am Platz erscheinende Tageszeitung, der „Oberschwäbische Anzeiger“, die Aufnahme eines Referats, „Gewerkschaftliches Sache, die nicht unerträglich sind: Mitglieder des

sozialen Gewerkschaften“, jegliche sachlichen Argumente. Um nun doch etwas zu sagen, hövelte er die christlichen Führer Schiffer, Gütes und Wernerus in persönlicher Weise an. Dem Kollegen Wernerus schleuderte er eine direkt ehrenhaftige Beleidigung ins Gesicht. Die gegnerischen Blätter, besonders die Hüttenblätter, brachten diese Beleidigung mit großem Beifall und in der Folge nahmen sie den schimpfenden „Genossen“ gegen den verhaschten „Christen“ recht wacker in Schuß. Wernerus freigte Klage gegen Fuhrmann wegen Verleumdung an. Fuhrmann erhob Widerklage, weil Wernerus ihn wegen dieser Verleumdung einen „gemeinen Feigling“ genannt hatte.

In Straßburg (Els.) Es sei ein Reiz in der „Festlingsnacht“, und zwar in den Gärten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Straßburg. Schon Monate hindurch war das Wort „Schlosserbewegung in Straßburg“ in aller Mund. Der Beamte des sozialen Metallarbeiterverbandes, Genosse Schulenburg, hielt Versammlung auf Versammlung ab, um den verschrobenen Karten der Ortsgruppe Straßburg wieder flott zu machen. Da aber die hiesigen Metallarbeiter nicht auf den sozialen Leinwand trocken, so wurden, um mehr Schwung in die Agitation zu bringen, Forderungen bei der Schlossermutter zwangsamtur eingereicht.

Ende April brachte die „Freie Presse“, Nr. 22, einen gehärteten Artikel gegen die Schlossermutter, welchen der Vorwurf gemacht wurde, daß sie die Bewegung in die Länge ziehen wollten. Nun Schluß wurde noch gedroht, daß nächste Woche die Schlossergesellen in Streit treten werden, wenn bis dahin keine Einigung zustande kommen sollte. Am 20. April folgte in der „Freien Presse“ wieder ein Aufruf an jene Schlossergesellen, welche nächstens in Streit treten. Am 14. Mai kam wieder ein Artikel, nach welchem die Entscheidung in den nächsten Tagen fallen wird. Doch die Schlossergesellen Straßburgs gingen ebenso ruhig zur Arbeit wie zuvor.

Am 22. Mai fand man in der Wirtschaft „Zum roten Löwen“ eine Versammlung der sozialen organisierten Schlosser statt, in welchem zu dem Tarifentwurf Stellung genommen werden sollte, den die Schlossermutter zwangsamtur dem Gelehrtenausschuß (nicht dem Verband) vorgebracht hatte. Nach dem Versammlungsbericht der „Freien Presse“ vom 25. Mai, Nr. 120, nahm die Versammlung einen stürmischen Verlauf. Die Meister würden ihren arbeiterfeindlichen Standpunkt hervorbrechen und die Arbeiter lediglich als Ausbeutungsobjekt betrachten. Mit Entzückung wies die „soziale Partei“ (?) besuchte Versammlung die Vorschläge der Meister zurück, und mit dem Worte: „Hoch die Solidarität! Auf zum Kampf!“ wurde die Versammlung geschlossen.

Nun ist die ganze Bewegung trocken allem großen Geschrei verlaufen: wie das Hornberger Schießen. Und woher kam das? Von dem Gebannten getragen, etwas Erprobbares für die Schlossergesellen zu erreichen, hatte auch der christliche Metallarbeiterverband, da er von den Genossen bei dieser Bewegung ignoriert wurde, selbständige Forderungen eingereicht. Statt es nun im Interesse sämtlicher Schlossergesellen zu begrüßen, huben die Genossen ein wahres Indianergeheul an und suchten die christlichen herunterzuweisen. Sie schimpften, verdächtigten und verleumdeten, was das Neug nicht werden ließ. Meister wußten davon, als sie sahen, daß der sozialen Metallarbeiterverband, der in Straßburg noch keine 50 organisierten Schlossergesellen zählt, seine Hauptaufgabe nicht darin sieht, die Wohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder zu verbessern, sondern die Verbesserung der christlichen Gewerkschaften voranzutreten. Die sozialen organisierten Schlossergesellen können sich bei ihren eigenen Führern bedanken, daß nichts für sie erreicht wurde.

Die Genossen werden, da ihnen in Straßburg ihr Fischfang nicht gelungen ist, nun weiter auf die christlichen schimpfen. Wenn's ihnen Freude macht, so wollen wir ihnen das Vergnügen nicht stören. Mit einer tatsächlichen Feststellung wollen wir ihnen gegenüber machen. Es sei ihnen verraten, daß der christliche Metallarbeiterverband ungleich besser daran ist, wie der sozialdemokratische, denn der christliche Verband macht in seiner Ausbreitung beständig Fortschritte, speziell auch hier in Straßburg. Das ist den Genossen begrüßlicherweise unangezuhm, denn mit der Ausbreitung des christlichen Metallarbeiterverbandes sehen sie immer mehr den Boden unter ihren Füßen schwinden. Nach den „Beispielen“ der Genossen technen wir dabei nicht, denn eine Anerkennung unserer Tätigkeit von dieser Seite wäre die härteste Strafe, die uns treffen könnte. Unsere beste Anerkennung ist der Anschluß der Schlossergesellen, und daß diese in letzter Zeit auch beitreten, ist ein Beweis, daß sie eingesehen haben, daß nur unser Verband die Interessen seiner Mitglieder zu wahren imstande ist.

Aus Bayern wird uns geschrieben: Die Verhältnisse in den staatlichen Hüttenbetrieben, besonders die vorgenommenen Lohnregulierungen, geben Veranlassung zu einer Aussprache mit der Generaldirektion, die am 16. Juni in München stattfindet und an der seitens der beteiligten Organisationen Herr Landtagsabgeordneter Dauer, die Sekretäre Moritz (Nürnberg), Hentges (Urberg), Naschke (München) teilnehmen.

Bogliglich der Durchführung der in der letzten Landtagperiode beschlossenen Lohnhöhungen versicherte der Herr Generaldirektor, daß dieselben im Laufe des Jahres, gemäß der im Landtag gegebenen Zusicherung, durchgeführt werden sollen. Die bei den Aufforderungen gewünschte Garantie des Stundenlohnes wurde nicht unbedingt in Aussicht gestellt, jedoch sei die Generaldirektion bemüht, die Wünsche der Arbeiter zu berücksichtigen und eine Regelung dieser Frage anzustreben.

Im Interesse der Arbeiterschaft darf erwartet werden, daß auch die Knappeschaftslösungsfrage weiter geprüft und die Urlaubsfrage einmal geregelt wird. Die Interessen der wirtschaftlichen Schwachen zu fördern, war von jeher ein hohes Gejch des Staates. Möge auch die Königl. bayerische Regierung den berechtigten Wünschen der Stantsiarbeiter entgegenkommen.

**St. Ingbert.** (Wernerus gegen Fuhrmann u.) In einer öffentlichen Versammlung in St. Ingbert hatte der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Fuhrmann aus Saarbrücken seinen Bezirksleiter Kollegen Wernerus in der ordinären Weise beleidigt. Genosse Fuhrmann gerät ziemlich leicht in Narren, wenn er den Narren sieht im Streit mit einem Gegner. Selbst seine eigenen Genossen sind vor persönlichen Anfeindungen vor ihm nicht sicher. Genosse Leimbeters sollte den Genossen Fuhrmann, laut Versammlungsbesluß, zurzeit auch ein bürgerliches Verbot erteilen. Etwas mehr hat dann aber zeitig in Sach und That getan und sein beleidigter Genosse hat ihm wieder verziehen. In seiner Erzählung legten dem Genossen Fuhrmann über die Streitfrage „ob christliche oder sozialde-

mokratische Gewerkschaften“, jegliche sachlichen Argumente. Um nun doch etwas zu sagen, hövelte er die christlichen Führer Schiffer, Gütes und Wernerus in persönlicher Weise an. Dem Kollegen Wernerus schleuderte er eine direkt ehrenhaftige Beleidigung ins Gesicht. Die gegnerischen Blätter, besonders die Hüttenblätter, brachten diese Beleidigung mit großem Beifall und in der Folge nahmen sie den schimpfenden „Genossen“ gegen den verhaschten „Christen“ recht wacker in Schuß. Wernerus freigte Klage gegen Fuhrmann wegen Verleumdung an. Fuhrmann erhob Widerklage, weil Wernerus ihn wegen dieser Verleumdung einen „gemeinen Feigling“ genannt hatte.

In der Gerichtsverhandlung am 15. Juni beteuerte Fuhrmann wiederholst, daß er dem Wernerus nichts schenkt hätte, s. nach sagen könne. Er sowie sein Beleidigter waren sehr verlegen um einen Vergleich. Der Vorsteher drängte ungeduldig den reumütligen Art des Genossen Fuhrmann sehr nachdrücklich zu einem Vergleich. Nachdem sich Genosse Fuhrmann bereit erklärt, in aller Form die Beleidigung als „unwahr“ zurückzunehmen, ging Wernerus auf einen Vergleich ein, worauf der privatbeleidigte Fuhrmann die unter Anklage stehende Behauptung mit dem Ausdruck des Gedauerns als unwahr zurücknahm. Darauf nahm Wernerus auch seinen in der Höhe des Gefechts gefallenen Ausdruck zurück.

So geht es nicht selten. Wenn die Dukkenagitatoren der Sozialdemokraten Weise bringen sollen, haben sie teils Worte, persönliche Beschimpfungen sind aber „Geisteswaffen“. So gehässig wie Fuhrmann es gemacht hatte, trifft man es doch wohl seltener. Kölner „Bundeszeitung“ hat folgenden Wortlaut:

Kartell  
der  
christ. Gewerkschaften  
Köln, Polnstr. 14  
Fernspr. 3210.

Köln, den 4. Juni 1909.

Ew. Hochwürden

gestattet sich das Kartell der christlichen Gewerkschaften Kölns folgendes ergebnis zu unterbreiten:

Alljährlich ziehen Hunderte von Arbeitern, allein oder mit Familie in die Großstädte oder deren Vororte. Mit den Gefahren, die ihnen hier in religiöser und militärischer Beziehung drohen, sind die meisten, namentlich die vom Lande zugehenden, unbekannt. Solche Gefahren ergeben sich insbesondere aus dem gebildeten Zusammenwohnen, dem täglichen Verkehr mit Umläufern, den kirchenfeindlichen Presse usw. Auf den Arbeitsstellen wird insbesondere seitens der sozialdemokratischen Arbeiter mit allen Mitteln darum hingeworfen, diese Leute für ihre Ideen zu gewinnen. Da ist es leicht zu verstehen, wenn so viele der Buzischenen dem Christentum verloren gehen und in der Sozialdemokratie die wirkliche Vertretung ihrer Interessen erblicken.

Seit einigen Jahren wird nun schon seitens der Katholischen Arbeitervereine planmäßig die Gewinnung dieser Buzischenen mit Hilfe der Pfarrämter für sich erstritten. Zu dem Zweck wird von den einzelnen Pfarrreihen den Arbeitervereinen almonatlich die Liste der zuziehenden Personen bestimmt. Familien überlassen. Wir halten ein solches Verfahren auch für unsere christlichen Gewerkschaften für ungemein wichtig. Dadurch würden wir in den Stand gesetzt, die Buzischenen durch unsere Vertretern zu untersuchen und zu versuchen, sie für unsere Sache zu gewinnen. Viele werden so darum bewahrt, der sozialdemokratischen Agitation anheimzufallen, weil sie an unserer Organisation einen starken Rückhalt finden. Insgegenseit wurde das christliche Arbeiterelement eine wesentliche Stärkung erfahren können.

Angeichts der großen Bedeutung dieser Angelegenheit dürfen wir wohl der angenehmen Hoffnung Ausdruck geben, daß Ew. Hochwürden geru bereit sein werden, uns die fragl. Adressen gefl. zu übermitteln. Seitens des Herren Kaplan Stoelein von St. Leonhard, Präses des Katholischen Arbeitervereins Köln-West, werden uns schon seit längerer Zeit diese Adressen freundlich übermittelt. Wir übermitteln in gleicher Weise die uns angehörigen zureihenden Mitglieder den in Betracht kommenden Vereinen.

Hochachtungsvoll

Peter Debenbach, Gewerkschaftssekretär.

Nach dem bekannten Sprichwort: „Du Auslegen froh und munter, legst du nicht aus, so legst du unten“, hat die christliche Presse immer gehandelt, wenn es einer Gegner zu befürchten galt. Aber wo, so fragen wir, steht dann in diesem Schreiben etwas, daß gegen die partizipativistische Neutralität verstoße? Kein ehrlicher, verantwortiger und vorurteilsreicher Mensch wird auch nur die geringste partizipative Ahdentung in demselben finden. Es ist eben keine drin. Die roten Gezetteten meinen allerdings, wenn die christlichen Verbände auch nur an die katholischen Arbeitervereine die Namen übermittelt haben, so genügt auch das vollkommen, denn die katholischen Arbeitervereine sind ausgesprochene Zentralverbände. Heilige Einsicht! Hat die soziald. Presse denn während der letzten Jahre geschaffen? Weiß sie denn nichts mehr von der gemeinsamen Aktion, die christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine, katholische und evangelische, in den letzten Jahren veranstaltet haben durch gegenseitigen Austausch der Mitgliederversammlungen? Will sie etwa auch die evangelischen Arbeitervereine zu Zentralverbänden bringen?

Zum Schluß versucht man noch in einem Anfall von „Freiheitsdrang“ die Polizei gegen die Pfarrämter schärf zu machen. Die Pfarrämter erachten die Namen lediglich zu Zwecken der Kirchensteuer von den Polizeibüros, beweisen sie aber zu kleinländen und partizipativen Aktionen zusammen, die ganz allein dem Kanton zugute kommen und kommen fallen. Die Polizei ist verpflichtet, sofort Maß-

nahmen zu treffen, die diesen Wunsch ein für allemal unmöglich machen". Auf das Kommando der sozialen Presse hin wird jetzt der Kölner Polizeipräsident natürlich nichts Eiligeres zu tun haben, als bei jedem Pfarrhaus einen doppelten Schutzmansposten aufzustellen, die jeden Schritt und Tritt des Pfarrers mit Argusaugen zu bewachen haben. Eine nette Gesellschaft, die sonst nur über die Polizei schimpfen und sie hier gegen andere Staatsbürger aber scharf zu machen versuchen. Nächste „Genossenlogie“!

**Böllingen.** In unserer Mitgliederversammlung am 13. Juni nahm Kollege Bäcker in einem Vortrage Stellung gegen den am Samstag, den 12. ds. Ms. in der Böllinger Hütten-Zeitung, genannten „Böllinger Zeitung“, erschienenen Artikel unter der Spitznamen „Ein Blick hinter die Kulissen der christlichen Gewerkschaften an der Saar“. Wir halten es nicht für notwendig, auf diesen nach dem Kommando der Hütte geschriebenen Artikel näher einzugehen. Wir beginnen uns vorläufig mit der Veröffentlichung einer in der übigen Mitglieder-Versammlung einstimmig angenommenen Resolution. Dieselbe lautet:

Die Mitglieder-Versammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Zahlstelle Böllingen vom 13. 6. 09 stimmt durch das Präsidium des Kollegen Bäcker Kenntnis von dem Schmähartikel der „Böllinger Zeitung“ vom 12. 6. 09 gegen den christlichen Metallarbeiter-Verband, welcher dazu angeht ist, den Hütten- und Metallarbeitern die Organisation zu vereinsen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß von einer im Dienste der Schafsmacher stehenden Zeitung nichts anderes als unverantwortliche Angriffe auf die Organisationen zu erwarten sind.

Warum hat die „Böllinger Zeitung“ in ihrem Artikel nicht auch die großen Erfolge des christlichen Metallarbeiter-Verbandes auf dem Gebiete des Hüttenarbeiterschutzes erhölt, infolge deren auch den Böllinger Hüttenarbeitern Stuhlpausen gewährt werden müssen, um das Eisen einzunehmen zu können, d. h. wenn die Vimberatsoverordnung vom 1. 4. ds. Js. von der Firma Röschling innegehalten wird? Warum publiziert ferner die Zeitung nicht die übrigen großen Vorteile, die der christliche Metallarbeiter-Verband auf dem Gebiete der allgemeinen wirtschaftlichen Besserstellung der Hütten- und Metallarbeiter errungen hat?

Doch dies darf ein Blatt vom Schlag der „Böllinger Zeitung“ nicht, weil sie sonst ihre Existenz gefährdet. Wenn die Mitgliederzahl des christlichen Metallarbeiter-Verbandes im Saarbezirk nicht so groß ist, wie sie eigentlich sein sollte, so liegt es in der Hüttenarbeiter, so ist die Ursache nicht bei der Organisation als solcher zu suchen, sondern in der unzureichenden Versammlung des vereinzelt gewählten Gewerkschaftenrechts durch die saarabischen Industriellen, die mit den verwerflichsten Mitteln den Arbeitern den Eintritt in den christlichen Metallarbeiter-Verband fast unmöglich machen. Die Versammlung erblickt vor wie nach im christlichen Metallarbeiter-Verband die einzige Arbeiterorganisation, welche die Interessen der Hüttenarbeiter vertreten hat. Sie fordert deshalb alle Arbeitskollegen auf, sich mir dieser Organisation anzuschließen.“

**Dortmund-Barop.** Die Wirkung der wirtschaftlichen Krise macht sich für die Arbeiterschaft dadurch bemerkbar, daß die Gelegenheit von den Arbeitgebern wahrgenommen wird, Abzüge vorzunehmen oder sonstige Verschlechterungen im Betrieb durchzuführen. Der Durchschnittsverdienst der Arbeiter erfährt dadurch eine nicht unbedeutende Verminderung, die sich um so fühlbarer macht, als zur Zeit eine allgemeine Tendenz herrscht. Welch bedeutender Natur die Verschlechterungen sind, ergibt sich neuerdings aus dem Jahresbericht des Siegerländer Berg- und Hüttenmännischen Vereins. Trotzdem die dort statistisch festgehaltene Arbeiterzahl von 11 906 im Jahr 1907 auf 12 144 im Jahr 1908 stieg, sank die Gesamtlohnsumme von 15 129 167 Mark auf 13 410 179 Mark. Der Durchschnittslohn pro Arbeiter stellt sich für 1907 auf 1264 Mark, für 1908 auf 1104 Mark; der Schichtenverdienst sank von 4,36 Mark auf 3,88 Mark. Dieser Rückgang entspricht einem Prozentzähler von 14.

Mehr nicht nur die Eisenindustrie des Siegerlandes hat unter dieser Krise zu leiden. Neben ihr, wo sich die Arbeiterschaft nicht fühlig genug aufgerafft hat, sich zu organisieren, haben namhafte Verschlechterungen stattgefunden. Zu Eisenbetrieben zählt auch das bisherige Blechwalzwerk, in dem circa 4–500 Arbeiter beschäftigt sind. Von einem Organisationsbedürfnis war bis vergangenes Jahr fast keine Spur zu entdecken, daß die Firma die Uneinigkeit der Arbeiterschaft weidlich ausnützte, ist leicht zu denken. Nicht ohne Grund erfreut sich der Direktor Schmidring des Walzwerks unter der Bevölkerung der Bezeichnung „Der Bajcha von Barop“. So werden seit März dieses Jahres den Arbeitern der Walzenstraße I einorme Abzüge für Schrott gemacht, welche früher bezahlt wurde, sodass diese einer 10% Lohnreduktion gleich kommt. Die Arbeiter ballten wohl die Faust in der Tasche, legten aber nicht Hand ans Werk, den Zug abzuwehren. Stattdessen sich zu organisieren und freiwillig 70 Pf. Beitrag pro Woche in die Organisation zu leisten, schließen sie bisher weiter und geben sich mit so und so viel Mark pro Woche weniger zufrieden. Sie glaubten zu sparen, wurden aber auf der anderen Seite elendig gerupft.

Nebstens sieht es auf den anderen Abteilungen und Straßen nicht besser aus. Fortwährend erfolgen willkürliche Abzüge. So werden für die gewaltsamen Bleche 21%, somit der fünfte Teil für Schrott abgezogen. Auf andern Blechwalzwerken wird dagegen das eingefetzte Stück bezahlt. Für überschüssige Bleche wird überhaupt nichts vergütet, dieselben aber wohl von Seiten der Firma wieder verwendet. Beschweren sich die Arbeiter über den minderen Verdienst, dann werden sie trotz dem schweigtriefenden Körper als Faulenzer ausgeschimpft. Der Betriebsführer Flemkamp riet den beschwerdeführenden Arbeitern an, sie sollten doch Fleischfleisch essen, dann könnten sie sehr gut mit ihrem Verdienst auskommen.

Die Bemühungen des christlichen Metallarbeiterverbandes, die Kollegen zur Organisation zu bewegen, waren leider bis heute erst mit teilweise Erfolg begleitet. Die Zahl der Eigenbürokrat, die der Zentrale bei vorjährigen Wahl noch zu grob, Stelle planen mit möglichst

bielem Erklären einen Prozessau vom Tische des Herrn zu erhalten. Sich aufzutragen und an der richtigen Stelle in der Organisation für ihre Rechte zu streiten, sind sie weit entfernt. Statt dessen wird geschimpft, wenn es niemand hört, aber alles bleibt beim alten. Aber auch in den Köpfen dieser Kollegen wird es noch dümmern. An die Kollegen ergeht darum die Mahnung, unermüdlich aufklärend in den Kreisen der Unorganisierten zu wirken, unerschrocken für ihre Standesorganisation tätig zu sein, bis auch der letzte Mann auf dem Voroper Walzwerk dem Verband beigetreten ist. Den Unorganisierten aber rufen wir zu, Kollegen, wollt Ihr eine Befestigung der Mithilfe, eine menschenwürdige Behandlung erreichen, dann kleinert in den christlichen Metallarbeiterverband, der eure Interessen mit Entscheidendheit und Erfolg vertreibt.

**Mannheim.** (Wir betonen nicht!) In sozial-politisch fortgeschrittenen Kreisen kann man es nicht verstehen, wenn die Arbeitgeber bei Differenzen mit den Arbeitern sich auf den Standpunkt stellen: „Wir behandeln nicht! Nur wie wir wollen, und so nicht anders soll es bei Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gemacht werden.“ Die Arbeiter klagen, daß das ein unhalbares, den industriellen Verhältnissen nachteiliges, besonders bezüglich Herbeiführung geordneter Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber hinderlicher und rückständiger Standpunkt sei. Ganz besonders die jüngsten Gewerkschaftsführer, Parteipolitiker und Parteipresse wissen nie genug über den Herrnstandpunkt der Arbeitgeber zu洞nen, wenn sie die Ungerechtigkeit dieses Grundsatzes irgend einmal an ihrem eigenen Leibe verspüren. Das sie aber selbst noch brutaler und rücksichtloser wie die Unternehmer diesen Grundsatz dort in der Praxis üben, wo sie glauben die Macht dazu zu haben, dafür haben wir jetzt wiederum einen neuen Beleg.

In Mannheim ist seitens der Initiativmeister der freien Schlosserinnung zum April dieses Jahres der mit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband abgeschlossene Tarif gelöst worden. Von den im Laufe der Vertragsdauer volszogenen Aenderungen bezüglich der Organisationszugehörigkeit der Mannheimer Bauschlosser schent die sozialdemokratische Metallarbeiterführerschaft nichts erfahren zu haben. Ober vielleicht besser gesagt, sie wissen nichts erfahren zu haben. Weil die Dinge nun aber tatsächlich im Laufe der Zeit sich so verändert haben, daß nun nicht mehr wie früher, die Bauschlosser sich in sozialdemokratischen, sondern im christlichen Metallarbeiterverband organisieren und bereits so organisiert haben, daß sich heute ein Drittel der Mannheimer organisierten Bauschlosser im christlichen Metallarbeiterverband befinden, darum wendet nun diese Führerschaft den von ihr schon so oft verdamten Grundsatz: Nur wie wir wollen usw. a u ch an.

Zweds Abschluß eines neuen Tarifvertrages waren bereits zwischen den Vertretern des sozialen Verbandes und den Führungsmeistern seit Wochen Verhandlungen gepflogen worden. Der Lokalbeamte Schneider hatte es aber wohlweislich unterlassen, dem Vertreter des christlichen Verbandes von den Verhandlungen etwas mitzuteilen. Trotzdem dieses sonst im gewerkschaftlichen Leben ihres ist, wo mehrere Organisationen in Frage kommen.

Der Beamte unseres Verbandes suchte sich nun zu informieren, so gut er es vermochte, um für die christlich organisierten Bauschlosser auch so viel als möglich herauszuschlagen und eine Vertretung zu erringen. Über noch ehe er irgende welche Verbindung anknüpfen konnte, hatten die Führungsmeister auf privatem Wege schon erfahren, daß die Organisationsverhältnisse wie oben geschilbert, sich zu Gunsten des christlichen Metallarbeiterverbandes wesentlich verschoben hatten. Sie schickten daher ebenso, wie dem sozialdemokratischen auch dem Vertreter unseres Verbandes einen Tarifvertragsentwurf zu und luden denselben nunmehr auch zu den Verhandlungen ein.

Der Bezirksleiter des christlichen Verbandes teilte dem Lokalbeamten Schneider auch mit, daß er einen Vertragsentwurf erhalten habe. Zugleich fragt er an, ob der sozialdemokratische Metallarbeiterverband bereit sei, im Interesse der Arbeiter gemeinsam vorzugehen. Was tat Schneider? Anstatt rund heraus ja oder nein zu antworten, wir sind bereit oder nicht, stellte er zwei Gegenfragen. Die eine, wie viele Mitglieder vom christlichen Verband in Frage kämen und die andere, wo die christlichen Bauschlosser beschäftigt seien. Den Unternehmern bzw. den Führungsmeistern aber hatte er schon erklärt, daß er mit den Christlichen unter keinen Umständen verhandele. Ebenso hatte er schon in einer geschlossenen Mitgliederversammlung dem stillen Streitkreis des sozialdemokratischen Verbands gegeben, daß, da am Dienstag, den 15. Juni schon Verhandlungen sein sollten, die Christlichen unbedingt ausgeschaltet werden sollten.

Wer es kam anders. Als Dienstag Abend in der Handwerkskammer zu Mannheim die Verhandlungen stattfinden sollten, waren auch zwei Vertreter unseres Verbandes anwesend. Sofort erklärte Schneider, daß er unter keinen Umständen im Interesse der Christlichen verhandele. Angesichts der Arbeitgeber bot dieser Mann den Aufwenden ein Schauspiel, wie es trauriger von Arbeitervertretern nicht gespielt werden kann. Er schimpfte und wetterte in einer Art und Weise auf die christliche Organisation und deren Vertreter, daß der Arbeitgeber, der den Vorwurf führt, ihn wiederholte darauf aufmerksam machen möchte, daß höchstens nicht daher gehöre und Herr Schneider besser tue, wenn er von dem schreie, damit man in die Verhandlungen eintrete. Über dessen ungeachtet wollte er weiter und wiederholte immer wieder, unter keinen Umständen verhandele er mit den Christlichen.

Vom Vertreter unseres Verbandes rufte er sich dann sagen lassen, daß es ihm dann jedenfalls nicht darauf ankomme, etwas für die Bauschlosser zu erreichen. Wer auch diese moralische Ohfuge half nichts. Für suchte et sich noch bei dem Vorsitzenden gewissermaßen anzubiedern. Stimacinko rief er ungestört zum Sprechen: „Sie kennen diese Christlichen noch nicht, was das für eine falsche Gesellschaft ist. Wir haben doch nun so lange mit ihnen und dem Tarif nicht verhandelt, auf uns können sie sich verlassen.“ Die Führungsmeister waren einstellig genug, möglichst bald zu handeln, daß man mit den Verhandlungen beginnen

würde, aber an den starren arbeiterschwigenen Standpunkt des Herrn Schneider scheiterte jeder noch so gut gemeinte Versuch. So wurden die Verhandlungen abgebrochen und ist noch nicht abzusehen, ob die Bauschlosser in Mannheim in abschöpfer Zeit überhaupt noch einen Tarif bekommen. Damit aber haben sie dann auch wieder Verhältnisse, die sie um Jahre zurückwerfen. Den Einzelvertrag! Wer das versteht, was das zu bedeuten hat, der kann den Schaden eingemessen, der den Bauschlossern dadurch entsteht.

Das aber haben sie allein dem famosen Sozialistenführer Schneider zu verdanken. Dem Manne, der beim Strelitzverein von Unterstützungsauflösung mit dem Parteischwanz (Ochsenzweier) den Arbeitern gegenüber redete. Die Metallarbeiter tun recht, wenn sie einer solchen Organisation den Rücken lehnen, wo die Führer mit dem wirklichen Wohl und Wehe der gesamten Arbeiterschaft so Schindluder treiben, wie es hier geschieht. Hoffentlich lernen auch die noch nicht organisierten und irregelmäßigen Metallarbeiter und besonders die Bauschlosser daraus und schließen sich dem christlichen Metallarbeiterverband an.

**Bad Kissingen.** Am Samstag, den 12. Juni fand hier zum erstenmal eine christliche Gewerkschaftsversammlung statt, welche einen sehr lebhaften Verlauf nahm. Auf sozialdemokratischer Seite hatte man den sozialdemokratischen Stassenbeamten und Agitator Goldmann herbeigezogen. Der Referent Kollege Konrad aus Nürnberg sprach in sachlicher Weise über die Notwendigkeit und Ziele der christlichen Gewerkschaften und appellierte an die nicht sozialdemokratisch gesinnten Versammlungsteilnehmer zum Anschluß an die christlichen Gewerkschaften. Woher er lebhaftesten Beifall erntete.

In der Diskussion konnte „Genosse“ Goldmann zum Referat nichts sagen, besto mehr bot er seine Lungenkräfte auf, und schimpfte über Schwindel und Arbeiterschlitterer ohne einen Schein von Beweis zu erbringen. — Der Referent wies an Hand der Aussprüche seiner sozialdemokratischen Gewerkschaften, welche eine nicht sozialdemokratische Zeitung gelesen und ihre christliche Gesinnung betätigten, Verhältnisse bekennen, bis sie hierauf aufgeklärt der „freien“ Organisation den Rücken lehnten. Der „Genosse“ Goldmann meinte hierauf: wir seien ja alle im gleichen Dunkel erzogen worden, er habe sich aber „durchgerungen“. Da er sonst nichts entgegen konnte, erging er sich in Beschimpfungen, worauf ihm der Vorsitzende Kollege Langguth das Wort entzog. Hierauf stand einer seiner Genossen auf und rief: „Ich fordere Sie auf, das Volk zu schwächen“, als jedoch niemand sich entfernte, lehnte er sich auch wieder gemüths auf seinen Sesselboden. Drücksich war nun die Geduld der Versammlungsteilnehmer erschöpft und der Vorsitzende forderte die lärmenden und schimpfenden „Genossen“ auf, das Volk zu verlassen, dem derselben widerstreben nachzulämmen.

Als die roten Radikalmacher fort waren, nahm die Versammlung den schönsten Verlauf. Das Gebahren der Genossen hatte den noch unorganisierten Versammlungsteilnehmern die Augen geöffnet, so daß in Kissingen der christliche Metallarbeiterverband und auch der Schneiderverband Fuß gesetzt haben. Den neuen Mitlämpfern rufen wir auch an dieser Stelle zu, nun vorwärts bis der letzte Stolzlegs in unseren Reihen steht.

**Görlitz.** Neben das Verhalten der christlich organisierten Metallarbeiter im ersten Stabium der Bewegung bei der Firma Mandelwitz wird in der sozialistischen Presse weiter gehext und gelogen. Der „Vorwärts“ (Berlin) gibt den Ton an, und wenn alles steht, kaum Karlsruhe nicht hoffen“, denkt der sonst von den eigenen Parteigenossen so schmälich behandelte „Stahlwarenarbeiter“ (Görlitz) und verbündet gleich mehrere Seiten seiner letzten Nummer zur Hebe gegen den christlichen Metallarbeiterverband. Im Anschluß an den Artikels muß das Organ des Industriearbeiterverbandes dann aber wohl oder übel mitteilen, daß nach einer ordnungsgemäßigen Aussprache zwischen den beteiligten Verbänden die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes sich ebenfalls solidarisch erklärt haben. (Siehe schon den Scherzartikel in der vorigen Nummer des Organs) Wozu nun nachträglich noch in spaltenlangen Artikeln weiterhezen?

Wer der Zweck der Uebung ist klar. Den Verhältnissen Christlichen muß bei jeder — auch der unpassenden — Gelegenheit eins ausgewischt werden. Der „Stahlwarenarbeiter“ glaubt zudem jedenfalls mit einer frisch-fröhlichen Christenhälfte sich bei seinen brüderlichen Genossen wieder in Ehren zu bringen. Warum schlägt das Blatt des roten Lokalverbandes denn keinen Lärm wegen dem Streitkreis des sozialen Metallarbeiterverbandes bei Hammesfahr. Um diese Bärenbude geht das Lokalblatt sehr vorsichtig herum, weil es rote Bären sind, die dort zwei Streitkämpfer des Industriearbeiterverbandes ruhig weiter in der Höhle sijen. „Ja, Bauer, das ist was anderes“, oder wie will es der „Stahlwarenarbeiter“ sonst begründen?

Der „Vorwärts“ und andere diverse rote Gazetten handeln dann auch wieder nach dem bekannten Grundsatz: Den Mitgliedern zu schmeicheln und die Führer desto kräftiger vor den Bauch zu treten. Die Bauchtritte erhält in diesem Fall unser Bezirksleiter Broich (Düsseldorf). Die Behauptungen der sozialen Presse sind aber direkt unwahr. So soll Broich zu den Mitgliedern zeigen haben: „Wenn Ihr die Arbeit bei Mandelwitz nicht aufnehmt, bekommt Ihr keine Unterstützung mehr.“ Wir erklären dies als eine dreiste Erfindung, die dem Vett. Eugenpeit nach sozialdemokratischen Begriffen gewiß alle Ehre macht. Überhaupt ist es unverbü, daß Broich zu den Sozialdemokraten gefragt haben soll: „Ihr sollt vor uns noch auf den Rücken rutschen.“ Man muß sich verständigt fragen, wie es möglich ist, daß die sozialdemokratische Presse derartige Wörter Wörter schreiben kann. „Sie kennen diese Christlichen noch nicht, was das für eine falsche Gesellschaft ist. Wir haben doch nun so lange mit ihnen und dem Tarif nicht verhandelt, auf uns können sie sich verlassen.“ Über dessen ungeachtet polterte er weiter und wiederholte immer wieder, unter keinen Umständen verhandele er mit den Christlichen.

In dem Fall Mandelwitz hat der christliche Metallarbeiterverband ebensoviel wie jemals früher gegen die ehemaliger interessierten gehandelt. Er hat sich nur die selbständige Entscheidung über eine Bewegung vorbehalten, die von den sozialdemokratischen Verbänden einstellig rezipiert wurde. Als dann eine gewisse Zeitung das Saubergesetz erweitert war und von Seiten der sozialen Verbände Gustberungen gegeben, daß in Zukunft gemeinsam verhandelt werden soll, da haben sich die christlichen Pe-

besser der Bewegung angeschlossen und hätten nun mit Recht erwarten dürfen, daß damit auch die künstlich gemachte Hebe verstimmen würde. Sie haben aber von dem Anstand der sozialdemokratischen Presse zuviel erwartet.

Das eine aber mögen sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften ein für allein merken, daß einsetzt von Ihnen inszenierte Bewegungen für die christlich organisierten Metallarbeiter nicht vorhanden sind. In solchen Fällen werden die christlichen Arbeiter ihren eigenen Weg gehen, unbedünkt um das regelmäßig eingeschendende sozialdemokratische „Streitbrecher“ geschrei, das übrigens heute doch von keinem vernünftigen Menschen mehr ernst genommen wird.

**Oberschlesien.** „Jede Lohnershöhung der Bauarbeiter in Oberschlesien ist ein Unglück für die Arbeiter, ja, noch mehr, sie ist ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterschaft.“ — So Herr Musiol, Arbeitssekretär im Verbande katholischer Arbeitervereine „Sily Berlin“ und Betriebsvorsteher der Bergarbeiter-Zweigabteilungen in einer Versammlung des christlichen Bauarbeiterverbandes in Beuthen (Oberschlesien).

Die Klarstellung folgendes: Im oberschlesischen Bauarbeiter soll ein neuer Tarif abgeschlossen werden. Die Arbeitgeber fordern eine Lohnershöhung. Die Arbeitgeber lehnten bis jetzt jede Lohnforderung ab. Es ist somit nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Bewegung im Baugewerbe kommt.

Daß die Lage der Bauarbeiter verbessерungsbedürftig ist, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Handelt es sich doch um oberschlesische Verhältnisse. Am 10. Juni fand nur eine einzige Versammlung des christl. Bauarbeiterverbandes statt, die sich mit der Tariftage beschäftigten. So auch in Beuthen. Nach einem Vortrage des Gewerkschaftssekretärs Schümmer-Sattowitz nahm Herr Musiol das Wort. Nach einem allbekannten Geschwätz des Streit sei unmoralisch ic. — das wird in Oberschlesien immer noch besonders betont — kam Musiol auf die Lohnfrage der Bauarbeiter zu sprechen und führte hierbei folgendes aus:

„Jede Lohnershöhung der Bauarbeiter wird auf die Arbeiter abgewälzt. Die müssen dann 10 Mal mehr so viel an Miete zahlen, als sie an Lohn mehr erhalten. Dadurch stürzen sie sich und hunderttausende Familien in Unglück und Verderben. Ihr dürft keine Lohnershöhung fordern, wo den Berg- und Hüttenarbeitern in Oberschlesien der Lohn um 15 und 20 Prozent gefüllt worden ist und die Preise für Lebensmittel derart gestiegen sind, daß heutz Schausende von Familien in Not und Elend leben. Wenn sie dennoch höhere Löhne fordern, dann begehen Sie ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterschaft. Wenn Sie aber dennoch streiken wollen, dann lassen Sie die Arbeitswilligen in Ruhe, denn es ist Bilicht eines jeden Menschen, zu arbeiten.“

Ein Anhänger Musiols — es waren ihrer im ganzen sechs — rief dann noch: „Sie machen durch eine Bewegung 4000 Malerfamilien unglücklich.“

Diese Leistung Berliner Verrücktheit wird wohl kaum noch übertrifft werden können. Und das geschieht 10 Tage nach dem Delegiertentag in Berlin. Oder es ist die Frucht des durch die Delegiertentagsredner den Delegierten zuteil gewordenen Belehrung?

Welch jammerliches Bild bietet doch diese Bewegung. Doch am 11. April schrieb Herr Musiol in der Tagesspreche einen Artikel, überzeichneten: „Die Stützen der Gesellschaft — Ministrizer — Sklavenhalter“. Darin hieß es mit Bezug auf die Schindlauer-Zweigabteilungen der Bergarbeiter in Berlin und der gedrückten Lage der oberschlesischen Arbeiter, Behandlung, Maßregelung ic.:

„Die Arbeiterschaft ist dadurch im höchsten Grade enttäuscht; sie erhebt gegen die Vergewaltigung der wirtschaftlich Schwachen die öffentliche Klage und die Daseinsfähigkeit möge über diese Gewaltsituation ihr Urteil fällen... Die Gegenläufe verschärfen sich von Tag zu Tag und die Ungerechtigkeit der brutalen Kapitalsmacht beschleunigt den drohenden Zusammenbruch der menschlichen Gesellschaft.“

So am 11. April 1909 spricht Musiol von der Bergarbeiter-Zweigabteilung der sozialdemokratischen Gewerkschaften und am 10. Juni forderte Musiol die Arbeiter zum Streikbruch auf. So wird die Zweigabteilungsbewegung zur Schutze der „Ministrizer“ und „Sklavenhalter“. Die Daseinsfähigkeit möge darüber ihr Urteil fällen. — Sch.

**Würselen.** Schon im Frühjahr 1908 mußte sich der christliche Metallarbeiterverband mit der Person des Meisters Schilt, von der chemischen Fabrik Dr. Königmann wegen der unwürdigen Behandlung seiner Untergebenen befassen. Bekanntlich folgte dann kurze Zeit nachher der große Streit, wo auch die Vorberufung einer menschenwürdigeren Behandlung eine große Rolle spielte. Die Gerechtigkeit verlangt es, daß wir uns auch heute einmal wieder mit der Person dieses Meisters befassen. Wir hätten die Befehlungsreise nach Damaskus durchgemacht. Aber weit gefehlt. Am 5. Juni ereignete sich folgender Vorfall: Ein Arbeiter hatte das Unglück, mit Meister Schilt eine Arbeit ausführen zu müssen, welche nicht so recht von Rütteln gehen wollte. Nachdem die nötigen Kraftausbrüche und Aktionen gefallen waren, ging Meister Schilt dazu über, den Arbeiter tatsächlich anzuzögern. Der Arbeiter war gezwungen, sich sofort in ärztliche Behandlung zu begeben, wovon ein diesbezügliches Attest in unserer Händen ist.

Mit diesem Falle beschäftigte sich schon eine Versammlung der Zweiggruppe Würselen des christlichen Metallarbeiterverbandes, was dem Herrn Meister Schilt große Schwierigkeiten bereitet. Wir können ihm natürlich vertraten, daß wir es nicht allein haben lassen, eine solche Ausbildungsmethode der Daseinsfähigkeit zu übergeben, sondern daß ich das Gericht mit dieser Sache noch bejagen wird. Solches sind wir unseren Mitgliedern und der Arbeiterchule schuldig.

erner ist es vorgekommen, daß der betr. Meister Schilt, Holzern, die sich beim Ausziehen der Dosen einen halben Liter Bier holten ließen, daß Bier ausgoss. Wir sind gewiß nicht dergleichen, die den Alkoholgenuss bei der Arbeit fürfern. Aber wenn man den Arbeitswilligen während des Streits das Bier flaschen- und fassweise im Betrieb brachte, dann steht es diesen Arbeitern auch zu. Arbeit der chemischen Fabrik! An Euch selbst ist es gelegen, ob man in Zukunft noch dazu übergeht, Arbeiter zu trüpfen, ob man Holzern, die am Feuer branen, einen halben Liter Bier in die Noshlen gießt, ob sie es sich gefallen lassen, daß man Arbeiter drei Jahre auf der schwatzen Liste führt. Denkt nicht, wie Meister Schilt sich ausgedrückt hat: „Der Ausschluß würde ihm —“ Steht immer einig und geschlossen hinter Euren Ausschluß, ebenso einig und geschlossen im christlichen Metallarbeiterverband, dann werden solche Sachen nicht mehr vorkommen.

**Furtwangen.** Im April vorigen Jahres sahen sich die beiden hiesigen Ortsgruppen der christlichen Metall- und Holzwerker mit dem kath. Arbeiterverein von Furtwangen ins Benehmen zwangs Erichtung eines Gewerbegeichts am hiesigen Orte. Ebenso hatten sich die Ortsgruppen der christl. Gewerkschaften und die konfessionellen Arbeitervereine von Gittenbach und Röhrenbach unserem Gesuch angeschlossen, damit auch sie dem hiesigen Gewerbegeicht zugeteilt würden. Dem Gesuch soll erfreulicherweise stattgegeben werden. Klärlich ging den beteiligten Corporationen der Statut-Entwurf zum Gewerbegeicht zu.

Somit wird einem langgehegten Wunsche der hiesigen Arbeiterschaft endlich von Seiten der hiesigen Ortsbehörde wohlwollend entsprochen werden. Wir sehen nun einer baldigen Wahl zum Gewerbegeicht entgegen, und da gemäß unserem Wunsche, die Verhältniswahl vorgenommen ist, so wird hoffentlich der Wahlkampf ein nicht allzu heiter werden. Vor einigen Jahren hatten die hiesigen Genossen auch einmal großen Eindruck geschlagen, um ein Gewerbegeicht zu bekommen, aber ohne Erfolg. Die christlichen Gewerkschaften existierten damals für die hiesigen Genossen nicht und deshalb vergaßen auch wir bei unserer Aktion, daß es sozialdemokratische Gewerkschaften hier gibt. Trotzdem nun die Genossen im vorigen Jahre sagten: „Was wir nicht fertig brachten, das gelingt den Christen schon garnicht“, kommt nun das Gewerbegeicht auf Anregung der christlichen Arbeiter. Schmerz läßt nach!

Doch die Genossen sind ja niemals verlegen, wenn sie irgend eine Errungenschaft gern für sich in Anspruch nehmen. Jetzt schreiben sie breit und kühn im „Volksfreund“ vom 25. Mai, daß auf Anregung der organisierten Arbeiterschaft Furtwangen ein Gewerbegeicht errichtet werde, und daß die jüdischen Gewerkschaften die Verhältniswahl beantragt hätten. Punkt, jetzt ist's ein Gewinnssieg! Und dabei ist die Behauptung mit der Verhältniswahl eine faustdicke Lüge. Ja, vor Jahren vielleicht einmal, aber diesmal nicht. Deshalb etwas beschreibend, ihr Herren Genossen. Für heute Gottbefohlen mit der Sicherung, daß wir getrostet sind, kommen es, wie es wolle.

Und ihr Kollegen und Kolleginnen Furtwangen! Jetzt heißt es auf die Schanzen. Jetzt schon müßt ihr mit allem Eifer Aufklärung unter die Massen bringen. Ein Agitator-Smittel ist uns jetzt in die Hand gegeben, ruft es gehörig aus. Sagt den uns Fernstehenden, daß wir in unsern Reihen mit Nachdruck die Interessen der Arbeiterschaft vertreten werden. Kommt die Zeit der Wahl zum Gewerbegeicht, dann darf keiner der unfrigen fehlen. Arbeiter heute schon darauf hin. Unsere Lösung sei: „Das Gewerbegeicht wurde von Nichtsozialdemokraten angezeigt und durchgesetzt; also soll unser Gewerbegeicht auch nur von unsren Leuten besetzt werden. Hoch die christliche Arbeiterschaft!“

### Goziales.

#### Graf Posadowsky über die Sozialpolitik.

Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß in Heilbronn hielt der ehemalige Staatssekretär Graf Posadowsky eine Rede, in der er den Gegnern unserer modernen Sozialpolitik gründlich die Meinung sagte. Einleitend betonte er, er wolle nicht einen gelehrten Vortrag halten, sondern lediglich mit seiner Person Zeugnis für die innere Berechtigung der sozialen Bestrebungen ablegen.

„Die Gegner der modernen Sozialpolitik setzen sich meines Erachtens mit den Grundlagen nicht nur des Christentums, sondern mit der Sittenlehre aller gebildeten Höfler in Widerspruch. So lange Menschen in engem, nachbarschaftlichen Verband leben, würde die freiwillige Wohltätigkeit ausreichen, um die Not der Armen und Schwachen, der im Kampfe des Lebens Verunglückten zu lindern. Gegenüber der wachsenden Bevölkerung, bei der Bildung größer, gewaltiger Staaten, bei dem Zusammenschluß der Arbeiterschaften an einzelnen, für Verkehr und Industrie wichtigen Punkten dürfte aber weder das individuelle Wohltun genügen, noch die Armenpflege der einzelnen Gemeinden. Ich betrachte es als den höchsten Ruhmestitel unseres Vaterlandes, daß wir die eigentlichen Pfadfinder auf dieser neuen Bahn waren, und ich erinnere mich gerne des Wortes des früheren Präsidenten der Republik Louvet, der mir bei einer Audienz sagte, die deutsche soziale Gesetzgebung werde revolutionierend auf die ganze Welt wirken. Unser Vaterland hat auch trotz der wiederholten Klagen über die Lassen unserer Sozialpolitik seit ihrem Beginn einen wirtschaftlichen Aufschwung zu verzeichnen wie kein anderer Staat Europas. Und wenn ich fürzlich gelesen habe, daß an den möglichen finanziellen Verhältnissen die gegenwärtigen Ausgaben für unsere Sozialpolitik schuld seien, so ist das ein leicht nachzuweisender Irrtum. Die Ausgaben für

das Reichsversicherungssamt und der Ausschuß des Reiches für die Invalidenrenten betragen nach dem Vorschlag für das Jahr 1909 rund 53½ Millionen bei einem Reichsstatat, welcher in Einnahmen und Ausgaben mit rund 2855 Millionen abschließt. Die Zeit der Sozialpolitik für abgeschlossen erklären, hieße gleichzeitig den sittlichen und wirtschaftlichen Fortschritt unseres Volkes preisgeben. Eine verantwortliche Regierung wird einer solchen Auffassung sowohl in der Verwaltung, als auch in der Gesetzgebung immer Rechnung tragen müssen.“

### Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versammlt ohne trügerischen Grund keine Versammlung!

**Ahren i. Westf.** Unsere Mitglieder-Versammlungen finden nicht mehr monatlich, sondern alle 14 Tage statt. Die nächste Versammlung ist am Sonnabend den 26. Juni, abends 8½ Uhr, im Lokale Woe. Mehring, Nordtor.

**Altencan.** Sonntag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, findet im Hotel Schützenhaus öffentliche Versammlung statt.

**Augsburg.** Samstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, Versammlung mit Vortrag. Thema: „Die Reichsversicherungssordnung.“

**Boele.** Sonntag, den 4. Juli, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Fritz Hennemann, Boelerheide. Tagesordnung: Arbeitgeberverband.

**Ecklingen.** Jeden 1. und 3. Samstag im Monat Mitglieder-Versammlung im Lokale Burged, Straße 32. — Unterstüzung wird bei Kaiser Otto Feinäugle, Mitterstr. 12 von 6½—8½ Uhr abends ausbezahlt. Die nächste Versammlung findet am 8. Juli statt.

**Eisenach.** Samstag, den 8. Juli, abends 8½ Uhr, Versammlung bei Vid.

**Essen-Segeroth.** Sonntag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Büsch, Segerothstraße.

**Essen (Klemperer, Schmitz, Schlosser).** Samstag, den 20. Juni abends 8½ Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus Krohnhauserstr. 18.

**Essen (Elektromonteur).** Freitag, den 15. Juni, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale „Zur Stadt Elbersfeld“, Steelestraße.

**Essen-Berge-Borbeck.** Sonntag, den 27. Juni, vormitt. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Gosopath.

**Essen-Steele.** Samstag, den 3. Juli, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Honigs, Chausseestraße.

**Essen-Nordost.** Sonntag, den 4. Juli, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale „Gasthof“ Bautzstraße.

**Essen-Holsterhausen.** Sonntag, den 4. Juli, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Buchner, Hobestensstr.

**Essen-Bottrop.** Den Kollegen diene zur Nachricht, daß wir uns pünktlich um 4 Uhr im Lokale Kroenemann versammeln, um an der in Dellwig stattfindenden Versammlung der Bechenmetallarbeiter teilzunehmen.

**Essen-Dellwig.** Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 5 Uhr öffentliche Versammlung der Bechenmetallarbeiter im Lokale Hossstädt, Sternstraße.

**Essen-Borbeck-Schönebeck.** Mittwoch, den 7. Juli, nachmittags 8½ Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Hausmann, Eisenstraße.

**Gelsenkirchen-Neustadt.** Samstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr bei Maxue.

**Gelsenkirchen-Bulmke.** Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr bei Weichede.

**Gelsenkirchen-Neustadt.** Samstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr bei Maxue.

**Hannover.** Sonnabend, den 26. Juni, abends 8½ Uhr, Mitglieder-Versammlung im Arbeiterfestsaal, Hannover, Marstall Nr. 3 Zimmer 1 und 2, mit Vortrag.

**Hedderthausen.** Unter diesjähriger Familien-Klausur findet am 18. Juli statt. Wir werden uns den Kollegen von Osnabrück in Frankfurt anschließen.

**Ortsverwaltung Hamm i. W.** Laut Beschluss der Ortsverwaltung ist die Geschäftsstelle von 11—1 Uhr und von 5—8 Uhr für den Verkehr geöffnet. Donnerstags und Sonntags geschlossen.

**Königshütte (Oberschlesien).** Jeden letzten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Sonnotta. In diesem Monat findet dieselbe am 29. Juni (Peter und Paul) statt. — Jeden Donnerstag abends 8½ Uhr Unterrichtsklausur ebenfalls.

**Wirsburg.** Sonntag, den 27. Juni, vormittags 11 Uhr, bei Hart. Versammlung mit Vortrag: Rechte und Pflichten der Arbeiter und dem Unfall- und Invalidengesetz. Referent: Gewerkschaftssekretär Buchner, Goslar.

**Stettin.** Nächste Versammlung Sonnabend, den 10. Juli, abends 8½ Uhr bei Schultowksi. — Die Erwerbslosenunterstützung zahlt Kollege Borchardt Bredow, Torgstr. 18 aus, Samstags, in der Zeit von 10—12 Uhr vormittags.

**Siegburg.** Sonntag, den 27. Juni, morgens 11 Uhr, im Stammlokal Minoriten Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

**Sulzbach.** Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 3 Uhr, Versammlung im Fürstenhof bei Nöhl. Die Kollegen müssen sich zahlreich beteiligen.

**Siegen.** Sonnabend, den 26. Juni im Lokale Demandt, Monatsversammlung mit Vortrag des Kollegen Gierk.

**Thale a. S.** Sonntag, den 27. Juni, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im „braunen Hirsch“ mit Vortrag.

### Gewerkschaftsbeamter gesucht.

Für das Ortskantoor der christlichen Gewerkschaften in München wird zum 1. Oktober dss. Jz., ein Kartellbeamter gesucht. Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied einer christlichen Gewerkschaft sein. Offerten mit selbstgeschriebenen Lebenslauf nebst Angabe über die Tätigkeit in den Organisationen, sowie ein kurzer Anfang über die Aufgaben eines Kartellbeamten sind spätestens 1. August an Gewerkschaftssekretär Funke, München, Fürstenfeldstr. 4/III einzusenden.